



Vierteljähriger Abonnementsspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb inkl. Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Gr. Infektionsgebühr für den Raum einer fünfhettigen Zeile in Petitschrift 1 $\frac{1}{4}$ Gr.

Nr. 475. Morgen-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Sonnabend, den 11. October 1862.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 10. Oktbr. Im Herrenhause brachte Arnim-Bözenburg ein durch 58 Mitglieder unterstütztes Amendement ein, welches die Ablehnung des aus dem Abgeordnetenhaus eingegangenen Budgets und die Annahme der Regierungsvorlage will. Der Ministerpräsident gab ungefähr folgende Erklärung ab: Die königl. Staats-Regierung hat unter 29. v. Mts. im andern Hause den Etat für das Jahr 1863 in der Absicht zurückgezogen, dadurch die zukünftige Verständigung über die gegenwärtige Situation zu erleichtern. Dieser Schritt der königlichen Regierung hat bei einem Theil der Landesvertretung eine entgegenkommende Aufnahme nicht gefunden. Die königliche Regierung hat dessenungeachtet den Versuch, zu einem Compromiß zu gelangen, erneuert, indem sie ein im andern Hause gestelltes Amendement annehmen wollte, durch dessen Annahme festgestellt wurde, daß der Landtag noch vor Ablauf dieses Jahres wieder zusammenberufen, und dann die im Text des Amendements bezeichneten Vorlagen gemacht werden sollten. Durch Annahme dieses Amendements würde ein verfassungsmäßig unbestrittenen Zeitraum für das nächste Jahr gewonnen werden sein, welcher zur Beilegung des Conflicts hätte benutzt werden können. Dieses Verfahren der Regierung ist im andern Hause mit Annahme der bekannten Resolution beantwortet worden.

Nach Annahme dieser Resolution vermag die Regierung sich von einem weiteren Verfahren keinen Erfolg zu versprechen, muß vielmehr eine Verschärfung der prinzipiellen Gegebenheiten, welche die Verständigung erschweren, erwarten. Die Regierung wird bei dieser Lage auch in Zukunft nur die Gesamt-Interessen des Vaterlandes im Auge behalten können; zu diesen rechnet sie die Pflicht, darauf zu halten, daß die Verfassung auch in demjenigen Theile, welcher die Rechte der Krone und dieses hohen Hauses betrifft, eine Wahrheit bleibe. (Bravo!)

Nach Ansicht mehrerer Herrenhaus-Mitglieder ist die Annahme des Arnim'schen Amendements als gesichert zu betrachten. (Vorstehende Depesche haben wir bereits unsern hiesigen Lesern in einem Extrablatt mitgetheilt.)

Paris, 9. Okt. Die „France“ theilt mit: Als Garibaldi von der Amnestie hörte, antwortete er: Nur die Schulden können amnestiert werden: er verweigere die Gunst, und werde bald die volle Wahrheit sagen. (Angest. 10 Uhr 10 Min. Vorm.) (Wiederholter Abruck.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 10. Oktober. Nachm. 2 Uhr. (Angelommen 6 Uhr Min.) Staats-Schuldscheine 91 $\frac{1}{4}$. Brümmen-Anleihe 128. Neueste Anleihe 108%. Schlesischer Bank-Verein 99. Oberschlesisch. Litt. A. 174%. Überbleib. Litt. B. 153%. Freiburger 138%. Wilhelmshafen 60. Neisse-Brieger 86. Cottbuser 50. Wien 2 Monate 81%. Oester. Credit-Aktien 92 $\frac{1}{2}$ %. Oester. National-Anleihe 83 $\frac{1}{2}$ %. Oester. Lotterie-Anleihe 74. Oester. Staats-Eisenbahn-Aktien 135. Oesterreich. Banknoten 82%. Darmstädter 93 $\frac{1}{2}$ %. Comm.-Anleihe 101 $\frac{1}{2}$ %. Köln-Münden 188. Friedrich-Wilhelms-Arbobahn 66. Posener Provinzial-Bank 98%. Mainz-Ludwigsbahn 126. Lombarden 154%. Neue Russen 93. Hamburg 2 Monat 150%. London 3 Monat 6, 21 $\frac{1}{2}$ %. Paris 2 Monat 80%. — Fonds seit.

Wien, 10. Oktbr. Mittags 12 Uhr 30 Min. Credit-Aktien 227, 50. National-Anleihe 83, 20. London 122, 10.

Berlin, 10. October. Roggen: mäster. Octbr. 51, Oct.-Nov. 48%, Novbr.-Dezbr. 47, Frühjahr 45%. — Spiritus: niedriger. Octbr. 16, Oct.-Nov. 15%, Nov.-Dez. 15%, Frühjahr 16%. — Rüddel: still. Octbr. 14%, Frühjahr 14%.

Eine Donquixotterie.

Dass der Beschluß des Herrenhauses an den jetzigen Sachlage nicht das Geringste ändert, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden; man mag sich drehen und wenden, wie man will, in Geld- und Steuerfragen liegt nun einmal der Schwerpunkt im Abgeordnetenhaus. Warum also soll man dem Herrenhause nicht das Vergnügen lassen, den Arnim-Bözenburg'schen Antrag anzunehmen; es ist zwar noch nicht da gewesen, daß das Herrenhaus ein Budget, das nicht mehr besteht, nachträglich annimmt, aber wir müssen uns heut zu Tage an Alles gewöhnen. Die Erklärung des Ministeriums, wie sie in der obigen Depesche vorliegt, eröffnet auch keine neuen Gesichtspunkte; denn daß Herr v. Bismarck, da er mit dem Abgeordnetenhaus nicht regieren kann, es mit dem Herrenhause versuchen wird, — nun, wir denken, darin liegt für keinen unserer Leser irgendwie etwas Überraschendes.

Demgemäß können wir einmal von unseren inneren Angelegenheiten ausruhen; die Beschlüsse des Herrenhauses lassen unser Blut nicht schneller durch die Adern rollen, und von einer sieberhaften Spannung merken wir glücklicherweise nicht die geringste Spur. Wir befinden uns also ganz in jener gemütlichen Laune, welche uns mit heiterem und ruhigem Blicke ein Achtenstück betrachten läßt, von dem wir alles Ernstes hoffen, daß es noch einmal gelingen werde, seine furchtbare erschütternde Wirkung auf sämmtliche europäische Staaten und die civilisierten Reiche jenseits des Oceans glücklich abzuwenden.

Fast befürchten wir, daß unsere Leser, da die Bedeutung unserer heimischen Verhältnisse ihre Aufmerksamkeit zu sehr in Anspruch nimmt, das betreffende Achtenstück übersehen haben; es befindet sich in der gestigten Morgennummer dieser Zeitung. Wir meinen nämlich die Protestation des ehemaligen Königs von Neapel, Franz II., gegen die Annahme des Königreichs Italien von Seiten Preußens.

Ta, der „ritterliche unschuldige König“, wie ihn die „Kreuzigt.“ in ihrer romantischen Begeisterung zu nennen pflegte, rafft noch einmal seine ganze Kraft zusammen zu einem Proteste gegen Preußen: in dieser schweren und ernsten Zeit eine wahre Erquickung für das Zwerchfell.

Seine Gattin, die deutsche Fürstentochter, die einzige edle Erscheinung an diesem durch und durch verroteten Hofe, hat ihn nun auch verlassen; ein „allzugroßes häusliches Glück“ soll sie nicht genossen haben — räumen endlich seine eigenen Freunde und Anhänger ein; gefesselt an einen Fürsten, welcher mißbräuchlich den Namen eines „Mannes“ führt, sucht sie noch allein die königliche Würde aufrecht zu erhalten; binternsgeacht und gemäßhandelt, so lange der an Lasten aller Art überreiche Hof noch in Neapel residirt, war sie die einzige Stütze der ränkewollen Familie in der Verbannung; ihre Jugend, ihre Gesundheit, all' ihre Hoffnungen auf Glück opferte sie dem seinem Vater in jeder Beziehung ähnlichen und würdigen Franz II., aus dessen Armen

ihre schließlich keine andere Zuflucht übrig blieb als das Kloster. Wahrlich, mitunter ist das Geschick deutscher Fürstentöchter nicht gerade beneidenswerth!

Doch kehren wir zu unserem Don-Diukotte-Stückchen zurück. Die Masterade des Königs wird in Rom noch fortgeführt; Franz II. hat noch seine Minister, die ihn noch König spielen lassen, denn wir würden ihm selbstredend sehr unrecht thun, wenn wir ihm auch nur im Entferntesten den Vorwurf machen wollten, daß er von dem neuesten Narrenstreiche seines Ministers der auswärtigen Angelegenheiten — Leopoldo del Ré heißt der Mann — etwas wußte. Seine Leute machen sich den Spaß, so beim L'Homme- oder Whist-Spielen; zu thun haben sie nicht viel, daher verfallen sie auf solche Dinge.

Also ein Protest gegen Preußen wegen der Anerkennung Italiens, gerichtet an den ehemaligen neapolitanischen Gesandten, den Fürsten Carini in Berlin; der soll nach diplomatischer Sitte und Gebrauch das Achtenstück unseres Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorlesen und „ihm davon auch eine Abschrift behändigen“ — denn der Leopoldo del Ré scheint zu fürchten, daß das Meisterwerk sonst verloren gehen könnte. Nun wir glauben, wenn dem Hrn. v. Bismarck nicht unser Abgeordnetenhaus einigen Kummer mache: wegen dieses Protestes wird er jedenfalls ruhig schlafen.

Aber frech ist das Ding doch. Man bedenke nur folgende Stelle: „Unser erhabener Souverän Sr. Maj. der König — damit ist nämlich Franz II. gemeint — kann nicht begreifen (er mag Manches nicht begreifen können), wie eine so achtungswerte Regierung, wie die Sr. Maj. des Königs von Preußen, in irgend einer Weise solche Attentate (wie die Victor Emanuels) sanctioniren mag, und über die Ereignisse, die seit zwei Jahren in Italien sich begeben, so sehr ihre Ansicht und Meinung ändern kann.“ Wie in aller Welt kann sich dieser Herr Leopoldo del Ré moquiren, ob die preußische Regierung über irgend etwas ihre Ansicht ändert? Ueber die trefflichen Eigenschaften seines „erhabenen Souverän“ hat die preußische Regierung ihre Ansicht sicher nicht geändert; wenn sie denselben für einen tapfern, gerechten, edelmuthigen Mann hielte, dann könnte Herr Leopoldo del Ré sich beschwören, aber sonst hat er sich doch um die Meinungen der preußischen Regierung nicht das Mindeste zu bekümmern.

Den Gipfel des Spasen's aber erreicht folgende Stelle: „Sr. Maj. der König beschränkt sich darauf, Sie (den Gesandten) zu beauftragen, in seinem königl. Namen gegen die Consequenzen dieser Anerkennung von Seiten Preußens u. s. w. zu protestiren.“ „Er beschränkt sich darauf“ — ganz so als hätte er noch seine Arme hinter sich, die vor dem Häuflein Garibaldi's spornstreichs Neizaus nahm; „er beschränkt sich darauf“ — als wenn er noch irgend etwas Anderes thun könnte. Möglicher Weise treten unsere Militär-Debatten in ein ganz neues Stadium; dann wehe uns — wenn sich Franz II. auf den Rath des Herrn Leopoldo del Ré nicht mehr „darauf beschränkt.“

Doch genug des Spiels! Denn trotz allem bemächtigt sich unserer ein gewisses Mitleidsgefühl, wenn wir sehen, daß eine Dynastie, wie die der Bourbonen, welche einst eine so hervorragende Rolle in der Weltgeschichte spielte und dem halben Europa gebot, schließlich noch zum Gelächter wird — und zwar durch die Geschmacklosigkeit und Verdrehtheit der eigenen Anhänger. Lasse man doch endlich den „erhabenen Souverän“ ruhig in Rom sitzen; alle Welt weiß ja, wie es mit ihm steht — zumal die Flucht seiner Gattin ins Kloster ihm noch den letzten Nimbus, mit welchem ihn die feudale Romantik umgab, geraubt hat. Sic transit gloria mundi!

Der Bericht der Budget-Commission des Herrenhauses ist erschienen. Referent ist Dr. Brüggemann. Die Anträge der Commission zu den einzelnen Positionen können einstweilen übergangen werden; es genügt für jetzt, zu erwähnen, daß der Commission Anlaß zu erheblichen Bedenken gegen die Annahme des Etats gegeben haben: die Streichung des Preßfonds, die Stellung der Verwendung des Reservefonds von 300,000 Thlr. unter die nachträgliche Kontrolle der Landesvertretung, die Absezung der 5000 Thlr. von den geheimen Fonds im Ministerium des Innern, die Streichung der 400 Thlr., welche für einen Departements-Director im Marine-Ministerium mehr gefordert sind. (Der Bericht sagt: „Es kann nicht an gemeinen scheinen, Beamte des Staats wegen Geltendmachung rechtlicher Ansprüche auf den gegen die Staatsregierung zu betretenden Rechtsweg zu verweisen.“) — Im Uebrigen concentriert sich das Interesse augenblicklich auf die Schlussverhandlung über die Frage: Annehmen oder Ablehnen? Dieselbe ist bei Berathung des Extraordinariums des Militär-Etats zum Austrag gekommen. Unsere gestrige Mittheilung in dieser Sache bestätigt sich.

Für die Ansicht, erst eine Zwischenverhandlung folgen zu lassen, ist angeführt: „Die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses scheinen von jenem Hause nicht als definitive und unabänderliche, sondern nur als durch die Sachlage zur Zeit gerechtfertigte angesehen worden zu sein. Es sei dies zu folgern aus mehreren Aeußerungen im Commissions-Bericht, welche einen Widerspruch in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht erhaben haben.“ „Auf eine blos negirende Haltung würde das Abgeordneten-Haus sich nicht haben beschränken können, wenn die Staatsregierung schon bei Berathung des diesjährigen Etats ein Gesetz vorgelegt hätte. Es sei nicht zu verkennen, daß schon gegenwärtig mit der Organisation der Armee in einer Richtung vorgegangen sei, die eine vorherige Gesetzes-Aenderung bedingt haben würde. Die Landwehr-Kavallerie sei aufgehoben, die Linien-Kavallerie dagegen vermehrt. Dieses wie manches anderes werde an und für sich wohl als richtig anerkannt. Aber die Staatsregierung habe „sich in formeller Beziehung nicht frei gehalten von dem Vorwurfe, mit einer Organisation bereits weiter vorgegangen zu sein, als dies ohne vorgängige Aenderung von Gesetzen zulässig gewesen wäre.“ Daß sie den Verlust einer gesetzlichen Regelung gemacht habe, sei dabei freilich nicht außer Acht zu lassen; auch habe sie sich im Einverständniß mit dem Landtag glauben lassen. „Von diesen Gesichtspunkten aus dem Abgeordneten-Haus noch zu erwägen zu geben, ob dasselbe nicht in der inzwischen durch die Zulage der Regierung, mit dem Etat pro 1863 ein bezügliches Gesetz vorlegen zu wollen, in ein neues Stadium gekommenen Sachlage Veranlassung finde, gewisse speziell zu bezeichnende Beschlüsse noch einmal in Berathung zu nehmen, oder doch dem Herrenhause ein anschauliches Bild über die Bedeutung und Ausführbarkeit der gefassten Beschlüsse zu geben, erscheine gerathen, indem solches Verfahren mindestens dem Lande beweise, daß das Herrenhaus eine volle Auflklärung über die Sachlage und die Vermeidung eines ernsten Conflicts angestrebt habe. Gehe das Abgeordneten-Haus auf eine weitere Erörterung ein, so lasse sich irgend welche gute Erfolg davon erwarten; entmede stelle das Abgeordneten-Haus den Etat in annehmbarer Weise fest, oder dem Lande werde eine um so klarere Auflklärung gegeben, daß die vom Herren-Hause für vorzugsweise bedeutsame erklärten Beschlüsse jenes Hauses, so weit sie den abgelaufenen Theil des Jahres 1862 berühren, völlig unausführbar, so weit sie aber die Zukunft betreffen, dem Lande im höchsten Grade zum Nachteil seien.“ Im Fall einer „Geneigtheit“ des Abgeordneten-Hauses, die für 1862 verausgabten Gelder zu bewilligen, möge die Regierung „eine Indemnisation für Veranschlagungen, welche in den bestehenden Gesetzen noch nicht ihre Rechtfertigung finden, beantragen.“

Die Minister (v. Bismarck) haben geführt, die Regierung „müsste in dieser Frage eine gewisse Passivität bewahren“; einerseits wünsche sie einen

Conflict vermieden zu sehen, andererseits „müsste sie doch auch zurückschalten mit einer Empfehlung, die ihr ausgelegt werden könnte, als erscheine sie zu Concessions in Principeienfragen, in denen sie die Ansichten und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bisher zu befämpfen sich berechtigt und verpflichtet gehalten habe, geneigt.“ Ihre Aneigung gegen einen Conflict habe die Regierung bewiesen. „Es sei daher auch den von der Regierung vertretenen Interessen nicht entgegen, wenn das Herrenhaus vor verfassungsmäßiger Beschlussnahme über die Annahme oder Ablehnung des Staatshaushaltsetats in eine Zwischenverhandlung mit dem Abgeordneten-Haus in der hier anregten Richtung trete. Die Regierung werde in einem solchen Falle keine Vermittelung scheuen, die mit den Rechten und dem Ansehen der Krone, den Interessen des Landes und der Würde der Regierung verträglich sei. Die eingehendsten Ausklärungen des Landes über die ganze Sachlage seien der Regierung nur erwünscht, und würden ihr in immer weiteren Kreisen zur Rechtfertigung dienen; den Irreleitungen einer regierungsfeindlichen Presse würde dadurch mehr ein Ziel gesetzt werden. So weit die Regierung einen sie treffenden Vorwurf anerkennen könne, werde sie nicht suchen, sich ihm zu entziehen; sie habe ja selbst eingeräumt, daß für das gegenwärtige Stadium der Heeres-Organisation der Form nur dann ganz genügt gewesen sein würde, wenn mit dem Staatshaushaltsetat dem Landtag auch ein Gesetz vorgelegen hätte.“ — Folgt die bekannte Verweisung auf die Vorlage vom vorigen Winter, die Auflösung, die voraussichtliche Kürze der jetzigen Session.

Von Mitgliedern der Commission ist es denn als „bedenklich“ bezeichnet, „eine für das Budgetgesetz in der Verfassungs-Urkunde nicht vorgesehene Zwischenverhandlung mit dem Abgeordneten-Haus einzutreten zu lassen.“

Bei Berathung der Bedenken gegen den Etat selbst ist dann die Frage besprochen: ob die Regierung richtig verfahren, indem sie die Neorganisationspläne ins Ordinarium gestellt habe; neue organisatorische Einrichtungen erhielten Dauer erst durch Zustimmung des Landtags; „nun habe aber die Regierung selbst zu wiederholtenmalen ausgesprochen, daß sie die neue Heeres-Organisation auch überreites so lange nur für eine provisorische erkenne, als ein darauf sich beziehendes Gesetz noch nicht vereinbart sei.“ — Der Kriegsminister hat entgegnet: „Die aus den Erklärungen der Staatsregierung gezogenen Folgerungen für die Form der Geldforderung könne er nicht ganz zugeben. Die Absicht der Regierung sei allerdings gewesen und auch jetzt noch, mit einer Organisation vorzugehen, welche eine Änderung der Gesetze bedinge. Ausführungen aber, welche nicht im Einklang mit bestehenden Gesetzen seien, habe die Regierung noch beanstanden. Dennoch sei die Frage der Geldforderung zur Zeit lediglich eine Budgetfrage. — Die Frage wegen Stärke der Kriegsbaillonne sei keine Gesetzesfrage, sondern die betreffende Ordonnanz vom 22. Dez. 1819, welche diese Stärke zu 1000 Mann bestimme, sei nicht ein Verhüllungen enthaltendes Gesetz, sondern eine Anordnung der Executive. Bis jetzt lägen lediglich Formationsfragen vor, so daß der Landtag nur zur Geldbewilligung seine Zustimmung zu geben habe. Sicherlich sei es kein Vorwurf für die Regierung, daß sie bei der Notwendigkeit einer neuen dauernden Organisation die bewilligten Gelder gleich für diesen Zweck und nicht zur Schaffung eines Interimistums verwendet habe. Dem Charakter nach sei also das Geschäft etwas Dauerndes, wenngleich es zur Zeit noch die Form des Provisorischen habe. Also auch dem Charakter nach habe die diesjährige Mehrförderung ins Ordinarium gehört.“

Die Gründe des Abgeordnetenhauses sind dann recapitulirt und beleuchtet: die Notwendigkeit einer vorgängigen Genehmigung des Organisationsplanes durch die Landesvertretung, siehe im Widerspruch mit den bei allen Gelegenheiten ausgesprochenen Ansichten des Herrenhauses; der schwere Vorwurf, daß die Regierung sich schon im gegenwärtigen Momenten mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Wehr-Berathung im Widerspruch befindet, sei idem im vorjährigen Bericht der Budget-Commission widerlegt; die Gründe, welche aus der gegenwärtigen Militärgerichtsbarkeit, aus dem vorhandenen exklusiven Geiste der Offizier-Corps, aus der Heranbildung eines großen Theils der Offiziere in Kadettenhäusern, aus der durch die Erleichterung der Mobilisierung und der Beschleunigung der Landwehr verminderter Bürgerschaft für den Frieden u. s. w. entnommen werden, hätten schon im Hause der Abgeordneten ihre Widerlegung gefunden; die Befürchtungen wegen der Finanzlage des Staats seien in den Erklärungen des Finanzministers v. d. Hept und seines Amtsvergängers, wie auch in der Beilage zum Bericht der Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten widerlegt; das Nachsuchen einer Indemnität liege in der Vorlage des Etats selbst; die Verkürzung der Dienstzeit widerspreche den Ansichten des Herrenhauses.

Die Zulässigkeit einer Zwischenverhandlung mit dem Abgeordneten-Haus ist dann noch eingehend erörtert worden. Von einer Seite hat man die verfassungsmäßige Zulässigkeit in Zweifel gezogen; andererseits ist geltend gemacht: „Verständigungsversuche bildeten bei allen Verhandlungen die Regel, und die Verfassungsurkunde schließt dies auch bei der Budget-Berathung nicht aus; die Verfassungs-Urkunde bestimme nur, daß das Herrenhaus den Staatshaushaltsetat im Ganzen annehme oder ablehne; welche Verhandlungen aber das Herrenhaus für notwendig halte, um sich endlich in voller Kenntnis der Sachlage über die Annahme oder Ablehnung des Etats, insbesondere über eine so schwere Folgen in sich schließende Ablehnung zu entscheiden, das bestimme die Verfassung nicht; daß dabei die Rechte des andern Hauses nicht im Mindesten verletzt werden dürfen, verstehe sich von selbst.“ Bei Entstehung des Art. 62 der Verfassungs-Urkunde sei die Zulässigkeit, ja sogar die Verpflichtung, Verständigungsversuche zu machen, vorausgesetzt worden, und andererseits sei die Berathung und Belehrung des Art. 62 in solcher Eile geschehen, daß es bedeutenden staatsmännischen Autoritäten nicht gelungen sei, die ganze innere Bedeutung des Art. 62 und die möglichen Folgen desselben zu entwideln. Die Belehrung einer Zwischenverhandlung ist dann mit 17 gegen 3 Stimmen beschlossen. Eine Subcommission von 6 Mitgliedern hat dann den Antrag dahin formulirt: das Herrenhaus solle beschließen: „daß es seinerseits diese Bedenken (gegen die Annahme des Etats) anerkenne, und den Präsidenten des Hauses ermächtige, hierüber eine Mitteilung an das Haus der Abgeordneten zum Zweck der Ermittelung gelangen zu lassen, ob in Folge nochmaliger Erwähnung von Seiten jenes Hauses dieses der Annahme des Staatshaushaltsetats für 1862 zur Zeit entgegenstehenden Bedenken beseitigt werden können, und um durch eine nähere Auflklärung über die Bedeutung des von dem Abgeordneten-Haus wegen Streichung der in das Extraordinarium gebrachten Äußerungen das Herrenhaus in den Stand zu setzen, über die Annahme oder Verweisung des Staatshaushaltsetats für 1862 in vollständiger Kenntnis der Sachlage zu beschließen.“

Die „Bedenken“ sind nun begründet: 1) aus den früheren Vorgängen in der Neorganisationsfrage, in welcher Beziehung — die einzelnen Momente sind die belannten — die Regierung sich nach ihren eigenen Erklärungen und nach den bisherigen Bewilligungen in bona fide befand, und 2) in den oben als „erheblich“ angeführten Streichungen und Absehungen seitens des jetzigen Hauses der Abgeordneten.

Es sei gar nicht abzuleben, weshalb bei dem Budgetgesetz anders verfahren werden solle, wie bei jedem andern Geset. Der Ansicht, daß der Entwurf des Budgetgesetzes, wie ihn das Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, mehr wie ein Entwurf sei, und daß daneben der Entwurf der Regierung gar nicht mehr existire, müsse auf das Entscheidende entgegengesetzt werden. Es wäre nicht nur eine Bechränkung der Rechte des Herrenhauses, sondern noch viel mehr der Rechte der Krone, wenn der Entwurf und die Vorlage der Staatsregierung jetzt als nicht mehr existireng angesehen werden sollten." Die Beschränkung, daß das Herrenhaus das Budget nicht amenden darf, "müsste striktissime interpretirt werden; es widerstreiche daher allen Rechtsregeln, wenn aus dieser einer Bechränkung noch eine zweite, nämlich die, daß das Herrenhaus nicht auf die Vorlage der Regierung zurückzugeben darf, gefolgt werden solle." . . . Wenn das Herrenhaus sich nicht blos auf Verwerfung des Budget-Entwurfs des andern Hauses beschränke, sondern positiv seine Zustimmung zu dem Entwurf der Regierung ausspreche, so komme dadurch die ganze Sache offenbar in eine viel günstigere Lage. Ein Budget-Gesetz sei allerdings dadurch noch nicht zu Stande gebracht, aber der gefasste Beschluß müsse verfassungsmäßig an das andere Haus zurückgehen und dasselbe erhalte dadurch die sicherste Gelegenheit, seine früheren Beschlüsse nochmals zu prüfen." . . . Bleibe das Abgeordnetenhaus bei seinen Beschlüssen, "so sei der Beschluß, durch welchen die Möglichkeit des Zustandekommens eines Budget-Gesetzes pro 1862 abgeschnitten werde, vom Abgeordnetenhaus ausgegangen; das Leitere und nicht das Herrenhaus treffe das Odium, daß es den allerdingen vertraglichen Vertrag nicht auf sich ziehen solle, da ihm nur diese und nicht die positive Annahme des Entwurfs, den die Regierung vorgelegt habe, gestattet werden solle." . . . Von anderer Seite ist dem hinzugesagt: "für etwaige Zwischenhandlungen mit dem andern Hause bietet die Verfassung keinen Anhalt; eine solche Verhandlung sei auch deshalb nicht erwünscht, weil sie die königliche Staatsregierung leicht zu weiteren Concessions veranlassen könne. Das Herrenhaus könne hier nicht eine bloße negative Stellung enehmen, sondern es habe sich über das Budget auch politisch auszusprechen; was in der Verfassung nicht untersagt sei, das sei dem Herrenhause um so mehr gestattet, als ein entgegenstehender Brauch sich nicht gebildet haben könnte, da jetzt zum erstmal die Annahme des Budgets bedenkllich erscheine; die Annahme des Budgets, wie es ursprünglich vorgelegt sei, werde jedenfalls die Regierung stören."

Gegen den Medingschen Antrag ist angeführt: über den Gang der Bevathung des Statutgesetzes enthalte die Verfassung keine besonderen Vorschriften; unzweckhaft sei zum Amenden allein das Abgeordnetenhaus berechtigt, und zwar erfolge die Amendierung der Regierungs-Vorlage gegenüber; nur dieses vom andern Hause beschlossene Statutgesetz könne noch Gegenstand der weiteren Beschlussnahme sein; denn die ursprüngliche Regierungs-Vorlage sei, theils durch Zugeständnisse der Regierung, theils durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses so verändert, daß das neue (amendirte) Statutgesetz vollständig an die Stelle des (ursprünglich) vorgelegten Gesetzes getreten sei; das Herrenhaus könne nur über ein Budget-Beschluß fassen, und mit einer Abstimmung sei die verfassungsmäßige Berechtigung des Herrenhauses erschöpft; in dieser Abstimmung "stimme daß-lieb auch über die ursprüngliche Vorlage der Regierung ab, so weit sie nämlich noch in dem amendirten Statutgesetz enthalten sei;" stimme das Herrenhaus über die ursprüngliche Vorlage ab, so würde das andere Haus, welches das Budget zuerst vorgelegt werden muß, in die Lage kommen, über das vorgelegte Budget zuletzt abzustimmen, nachdem es seine Beschlüsse über dasselbe bereits festgestellt hat, gegen welche nur noch einzelne Bedenken im Interesse der herbeizuführenden Einigung erhoben werden können." Auch bei andern Gesetzentwürfen habe das Herrenhaus nicht die in Rede stehende Besugniß: nur bei jedem einzelnen Paragraphen könne es von den Beschlüssen des andern Hauses auf die ursprüngliche Vorlage zurückgehen; ist aber das Gesetz durchberaten, in den einzelnen Paragraphen nach den Beschlüssen des Hauses festgestellt, und es fällt dann das Gesetz bei der letzten auf das Ganze sich erstreckenden Abstimmung, so ist und bleibt das Gesetz verworfen, und es kann die ursprüngliche Vorlage nicht mehr zur Abstimmung gebracht werden," beim Budget dürfe nun nicht auf die einzelnen Positionen der Vorlage zurückgegangen werden, die Abstimmung finde sofort im Ganzen statt und habe nobhvndig, dieselbe Wirkung, wie jede Abstimmung über das Ganze eines andern Gesetzes. — Von anderer Seite ist, gegen den Antrag noch auf die bisherige Praxis des Herrenhauses hingewiesen, bei der immer nur von Annahme oder Ablehnung des vom andern Hause angenommenen Statutgesetzes, niemals aber von Annahme der ursprünglichen Vorlage die Rede gewesen; dem Statutgesetze in der Form des andern Hauses gegenüber sei die ursprüngliche Vorlage als ein Amendent zu betrachten; durch Zurückgehen auf die Vorlage amende also das Herrenhaus, und das siehe ihm nach der Verfassung nicht zu.

Bei der Abstimmung über den Medingschen Antrag hat sich von 19 onwesenden Mitgliedern eines seiner Stimme enthalten; mit 9 gegen 9 Stimmen ist dann der Antrag selbst abgelehnt.

[Die Verhandlungen im Herrenhause über die Budgetfrage] werden voraussichtlich zwei Tage in Antritt nehmen. Das Resultat läßt sich nach dem Stande der heute verbreiteten Nachrichten nicht mit Sicherheit vorher sagen. Die Entscheidung wird wohl von dem Verhalten der Regierung abhängen. In dieser Beziehung erhalten sich die gestern mitgeteilten Gerüchte, wonach die Regierung noch weitere vermittelnde Schritte beabsichtige. Einiges Gewisses läßt sich indessen darüber nicht konstatiren.

besser, es zu bezeichnen oder doch — falls dies seiner Stellung wegen unthümlich erschiene — von Anderen bezeichnen zu lassen, als es mit einem so mythischen Schleier zu bedecken.

Berlin. 9. Oct. [Das Vincke'sche Amendement.] Der Elberf. Ztg., welche am entschiedensten und längsten Hrn. v. Vincke vertheidigt hat, wird von hier ausgeschrieben: „Man konnte sich aber wirklich eines kleinen Bedauerns für Herrn v. Vincke und Genossen, darunter die beiden früheren parlamentarischen Minister v. Patow und Graf Schwerin, heute nicht erwehren, als ihrem staats- und edelmärtischen, nach Versöhnung suchenden Amendement zu der Resolution der Budget-Commission der Bescheid der Regierung wurde: Das zu bewilligende Geld werden wir acceptire; mit Euren Erwägungen und Motiven aber haben wir nichts zu schaffen! Es war eine jener frappanten parlamentarischen Scenen, als der Ministerpräsident mit der Erklärung, die Regierung werde in der Annahme des v. Vincke'schen Amendements ein versöhnliches Entgegenkommen des Hauses constatirn finden, — die äußerste Spannung der Aufmerksamkeit der Versammlung bewirkte und diese Spannung plötzlich in eine allseitige, laute, zum Theil heitere Unruhe und Aufregung übersprang, als derselbe ministerielle Mund die Erwägungen, auf welche die Herren Amendire so stolz waren, auf das Bestimmteste desavouirte. Wie gesagt, das heroische Stemmen des Herrn v. Vincke gegen irgend welche Gemeinschaft oder Confundirung mit der leidigen Fortschrittspartei — dies scheint uns seit Langem der Beweggrund seiner wiederholten vergeblichen Operationen zu sein — wird ihm und seinen Genossen seiner ausgesprochenen eigenen Befürchtung gemäß, durch den erfahrenen Afront der Regierung je länger je mehr unmöglich. Wir können hierbei eine allgemeinere Bemerkung nicht unterdrücken. Den Staatsmännern, welche nach dem Ministerium Hohenzollern-Auerstädt in den unmittelbaren Rath der Krone traten, scheint jede Kenntniß der ethnischen Psychologie einer großen politischen Körperschaft, und der in der Geschichte vielfach beobachteten, natürlichen Entwicklung derselben gemangelt zu haben. Wie rücksichtsvoll muß ihr gegenüber von Seiten der andern constituirten Organe der Ehrenpunkt, oder wenigstens der öffentliche Anstand gewahrt werden, zumal vor den Augen eines Volkes, welches in den Abgeordneten gerade diesmal nicht seine „Vormünder“ — nach einer Schmährede Wagener's — sondern die moralisch verantwortlichen Träger eines Votums erkennen mußte, bei dessen Abgabe es selbst, das ganze Volk auf Aufrufung der Regierung den Appellhof gebildet hatte. Oder konnte ein Abgeordnetenhaus klarere Beweise der Missliebigkeit bei der Regierung erfahren, als das jegliche preußische? Ist in dieser Hinsicht nicht bis zu so weiten Grenzen des Möglichen gegangen, daß der von Waldeck gestern erwähnte Ekel und Neiderdruck an der Beteiligung am öffentlichen Leben von ihm zwar als unmöglich bezeichnet werden mußte, daß diese Symptome in ihrer menschlichen Natürlichkeit aber am unzweideutigsten die großen Misgriffe der regierenden Kreise gegen unser Abgeordnetenhaus charakterisiren.“

Berlin. 9. Ott. [Weitere Erklärung in Betreff des Amendements v. Vincke.] Die „B. A. Z.“ bringt folgende Erklärung:

Manche Ausführungen, theils auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses, theils in öffentlichen Blättern (cf. Leitartikel in Nr. 468 der „Nat.-Ztg.“) liefern den Beweis, daß das v. Vincke'sche Amendement noch immer entweder mißverstanden oder falsch interpretirt wird.

Das Amendement sollte der königl. Staatsregierung zu erkennen geben, daß eine Lösung des drohenden Conflicts möglich sei, wenn dieselbe den Landtag noch im Verlaufe dieses Jahres wieder einberufe und demselben gleich bei seinem Zusammentreffen vorlege:

- 1) Die nötigen Vorlagen in Ansehung des Jahres 1862, d. h. a) in dem Falle, wenn das Budget so, wie es im Abgeordnetenhouse bewilligt ist, auch die Genehmigung des Herrenhauses erhält, einen Antrag auf einen nachträglichen Credit oder auf eine Indemnität hinsichtlich der über diesen Etat hinaus bereits geleisteten und bis zum 31. Dezember noch zu leistenden Ausgaben;
- b) in dem Falle, wenn das Budget vom Herrenhause verworfen wird, einen umgearbeiteten Etat pro 1862, welcher sich im Wesentlichen, also namentlich in Betreff der Neorganisations-Ausgaben im Ordinariu[m] den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses anschließt, die factisch aber für die Neorganisation bereits geleistet, resp. bis zum 31. Dezember noch zu leisten (so weit es möglich ist, zu ermächtigen) Ausgaben in einem besonderen Extraordinarium, oder nach Besinden auch in einer besonderen Vorlage erbitbet,
- das Ordinarium der neuen Stats muß sich im Wesentlichen den Beschlüssen anschließen; es würde aber unbenommen sein, im Militär-Etat, wie in allen übrigen Stats einzelne Positionen, deren Verfaßung die Regierung für besonders bedenklich erachtet, wieder aufzunehmen und zu verfügen, ob das Haus bei nodmälicher Erwagung dieselben nicht bewilligen will;
- 2) einen Gesetzentwurf wegen der Verpflichtung zum Kriegsdienst und wegen der Organisation der Armee,
- 3) den Etat für 1863 unter Zugrundelegung der zweijährigen Dienstzeit,
- 4) einen Gesetzentwurf, welcher die Regierung für zwei oder drei Monate autorisiert, vorläufig und vorbehaltlich der späteren Ausgleichung nach diesem Etat-Entwurfe die Ausgaben des Ordinariu[m] zu leisten.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, warum das Amendement diese Vorläufe nicht ausdrücklich specialisiert habe, so ist darauf Folgendes zu erwidern:

Der Forckenbeck'sche Antrag knüpfe sich an die Zurückziehung des Stats pro 1863. — Die Aufgabe der Commission konnte daher nur die sein, die Unzulänglichkeiten in's Auge zu fassen, welche aus diesem Schritte — also im Jahre 1863 hervortreten könnten, und an diese Aufgabe konnte sich daher auch nur das Amendement Vinde halten. Zu Betrachtungen und Anträgen in Betreff der Zustände des Jahres 1862 gab die Zurückziehung des Stats pro 1862 keine Veranlassung und das Amendement mußte sich daher in dieser Beziehung auf eine Andeutung beschränken.

Doch aber die Nachsuchung eines extraordinaire Credits nicht für sich allein, sondern nur in Verbindung mit einem den Ansichten des Hauses entsprechenden Gesetzentwurfe und der Vorlegung des zugesicherten Gelehrtenwurfs oder zweier Entwürfe zu einer Verständigung führen kann, — darüber konnte die Regierung nach den bisherigen Verhandlungen nicht zweifelhaft sein, und es genügte deshalb, dies im Hause bei der Debatte ausdrücklich auszusprechen, was wiederholt geschehen ist.

Worin sich das Amendement Vinde von dem Commissions-Antrage unterscheidet, ist genügend erörtert worden. Nur ein Punkt möge hier nochmals hervorgehoben werden.

Für das Jahr 1862 befinden wir uns bereits in einem der Verfassung nicht entsprechenden Zustande. Für die bereits verschossenen neun Monate war dies die unvermeidliche Folge der gefassten Beschlüsse. Aber auch für den Rest des Jahres ist die Lage der Regierung unstrittig eine sehr schwierige. — Die große Majorität des Hauses erkennt unzweckhaft in der Neorganisation manches Gute an und will keineswegs unbedingt zu dem Zustand von 1859 zurückkehren. — Die Regierung würde sich also in der That schwer verantwortlich machen, wenn sie sofort den früheren Zustand unbedingt wieder herstellte, und dann nach Feststellung des Stats pro 1863 das jetzt Veröffentlichte, sowie es die Zustimmung der Landesvertretung erhalten würde, mit verdoppelten Kosten und großen moralischen Nachtheilen neuzaffen müßte. — Die Aufgabe kann daher nur die sein, die Regierung dazu zu bestimmen, daß, was sie pro 1862 gehabt hat und noch thun wird, möglichst bald legalisiren zu lassen, jedenfalls aber dafür zu sorgen, daß sich der gegenwärtige, der Verfassung zwiderlaufende Zustand nicht in das Jahr 1863 hinein verlängert.

Wie dies zu machen ist, — dazu zeigt das Amendement Vinde den Weg.

Anders steht es mit dem Commissions-Antrage. Indem er schleunigste Vorlegung des Stats pro 1863 und weiter nichts verlangt, muß er, da doch wohl jeder verständige Mann zugeben muß, daß die Feststellung des Stats in diesem Jahre nicht mehr zu erreichen ist, dahin führen, daß der verfassungswidrige Zustand sich noch in das Jahr 1863 hinein verlängert. Indem er der Regierung nicht die nötige Zeit lassen will, um ihre Vorlagen so zu modifizieren, daß sie auf Zustimmung rechnen können — dagegen nicht zu erleichtern, sondern zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen.

(Wir müssen es unsern Lesern überlassen, sich hier zurecht zu finden. Die Art. der Bresl. Ztg.)

Berlin. 9. Octbr. [Fortsetzung des höheren Blatts innen.] Der österreichischen Kreuzzeitung, dem „Vaterlande“, wird geschrieben: „Eine besondere Übertreibung steht unserer Fortschrittsmännern und demokratischen Abgeordneten noch bei ihrer Heimkehr in die Heimat bevor, daß Volk ist hinter ihnen während der längeren Debatten anders geworden und sie haben es nicht gemerkt; man bat sich an die Armee in ihrer neuen Gestaltung gewöhnt, man liebt sie in derselben und ist für die Wohlthat, die namentlich in der Umgestaltung der Landeswehr liegt, dem König verhältniß danbar — das unterliegt gar keinem Zweifel, darin stimmen alle überein, welche in den letzten Wochen die Provinzen bereit haben. Aber daran noch nicht genug, auch die eigentlichen demokratischen Theile der Städtebewohner sind nicht zufrieden mit ihren Abgeordneten, sie versteht die theoretische Bevölkerung der Militär-Neorganisationsfrage nicht und sind unwilling über das lange unnütze Gerede, weil sie Alle doch noch so viel preußisches Gefühl haben, daß sie sich überzeugt davon halten, daß die Armee doch in ihrem jetzigen Bestande aufrecht erhalten wird. Sie wissen, daß der König es will, und selbst der preußische Demokrat weiß, daß in Preußen trotz allem noch immer geschieht, was der König will. — Herr v. Sydow ist ad interim Unterstaats-Secretair im Auswärtigen geworden; er hat zwar keine Vorberufe gespielt als Gefandter in der Schweiz (neuenburger Affäre) und in Kasel, aber er macht die Politik nicht, die er als Gefandter ausführte, und man darf ihn darum nicht zu hart tadeln. Als Unterstaats-Secretair soll er vorzüglich sein, im Übrigen ist er ein entschieden conservativer und streng christlich gesinner Mann. Für den nächsten parlamentarischen Feldzug rüsten sich auch die Conservativen dadurch, daß zwei von den zwölf Letzteren im Abgeordnetenhaus zurücktreten und Wagner und Blankenstein für sie eintreten sollen. Es hat sich doch der Wagner eines Redners von der conservativen Seite sehr fehlbar gemacht; namentlich auch in den letzten Tagen. Die Herren sind ja alle sehr vortreffliche Männer, aber ihre zwölf Stimmen wiegen nicht schwerer, sondern leichter als zwei, als eine, wenn diese eine die bereite Stimme Wagner's ist. Montag wird die diesjährige Sitzung der Legislatur geschlossen. Freitag wird das Herrenhaus das vom Abgeordnetenhaus verstimmt Budget en bloc verwerfen. Die Resolutionen, durch welche man es anfanglich noch einmal ins Abgeordnetenhaus schicken wollte, haben keine Aussicht mehr.“

Berlin. 9. Ott. [Die schon erwähnte Antwort der herzoglich nassauischen Regierung über ihre Stellung zum Handelsvertrag] ist an den herzoglichen Geschäftsträger Freiherrn v. Löhneysen hier selbst gerichtet und lautet wörtlich folgendermaßen:

Die herzogliche Regierung erklärt sich vollkommen geneigt, sich dem preußisch-französischen Handelsvertrag anzuschließen, wenn sämmtliche Zollvereinsregierungen ihren Beitritt zu diesem Vertrage erläutern werden. — Unverhofft würden die in dieser Sache noch obwaltenden Schwierigkeiten vermieden werden sein, wenn vor Abschluß des in Rede stehenden Handelsvertrages einer Zollconferenz der Inhalt desselben zur Berathung und eingehenden Erwägung aller Detailbestimmungen vorgelegt worden wäre. Noch jetzt bin ich der Überzeugung, daß ohne eine solche nachträgliche Conferenz eine allseitige Vereinigung kaum zu erzielen sein dürte. In dieser Conferenz würde alsdann auch die notwendige und ersehnte Regelung der handelspolitischen Beziehungen zu Österreich, anschließend an die stipulation des Vertrages von 1853, welchen die herzogliche Regierung als in voller Gültigkeit bestehend betrachtet, zum Austrag gebracht werden können. — Euer Hochwohlgeborener ersucht ich ergebenst, dem König preußischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten Kenntniß von dieser Depesche zu geben und auf Verlangen Sr. Excellenz eine Abschrift derselben zu stellen. — Mit vollkomnster Hochachtung beharrnd. Wiesbaden, den 11. Sept. 1862. Wittgenstein.“

Königsberg. 9. October. [Beschwerde wegen einer Haussuchung.] Die Red. der „K. H. Z.“ schreibt: Wie mancher unserer Leser sich erinnert wird, hatte am 12. Juli d. J. auf Anordnung der hiesigen kgl. Staatsanwaltschaft in dem Redaktionslokal dieser Zeitung und in der Privatwohnung des zeitigen Redakteurs behufs Auffindung eines Manuscripts eine Haussuchung stattgefunden, die in dem Redaktionsbüro in Abwesenheit des Redakteurs vorgenommen wurde. Auf eine unterm 30. August an die königl. Oberstaatsanwaltschaft dieserhaften verhältnisse erlassene Beschwerde des Redakteurs erfolgt. Die königl. Oberstaatsanwaltschaft, welche im April d. J. unter ganz ähnlichen Verhältnissen eine Nachsuchung nach Manuscripts in dem Redaktionsbüro und der Privatwohnung des Verlegers verfügt hatte — eine Maßregel, welche auf eine Beschwerde des Redakteurs von dem Minister der Justiz als eine nicht gerechtfertigte erlassen wurde — befand sich befreiflicherweise nicht in der Lage, die von ihrer Unterbehörde verfügte Anordnung ungültig zu finden. Die Beschwerde an die genannte Behörde hatte auch lediglich den Zweck, den vorgeschriebenen Instanzzug zu halten. Im Übrigen ist der ablehnende Bescheid der k. Oberstaatsanwaltschaft nicht ohne Interesse. Zunächst wird darin hervorgehoben: daß die Requisition des hiesigen Staatsanwalts an die hiesige Polizeibehörde nur auf Vornahme einer Haussuchung in dem Redaktionslokal der „Hartung'schen Zeitung“ gerichtet war. Wenn daher in der Privatwohnung des Redakteurs eine Haussuchung stattgefunden hat, so darf dafür der hiesige Staatsanwalt nicht verantwortlich gemacht werden. Es liegt also auf Grund dieser (wörtlich citirten) Auslassung der k. Oberstaatsanwaltschaft das Material vor zu einer Anklage gegen denjenigen Polizeibeamten, welcher ohne Auftrag der Staatsanwaltschaft die Haussuchung in der Wohnung des Redakteurs veranlaßt hat. (St. G. B. § 315: Ein Beamter, welcher seine Amtsgewalt missbraucht, um Demand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrichtlich zu nötigen, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monate bestraft; zugleich kann auf zeitige Unfähigkeit zu öffentlichen Ämtern erkannt werden.) Ferner heißt es in dem Bescheide in der Privatwohnung des Redakteurs eine Haussuchung darf nach dem Gesetz zur Ausmittlung des Thatbestandes und des Thäters angewendet werden. Hier sollte das Original des angeblich strafbaren Artikels herbeigeschafft und die Person des Thäters ermittelt werden. Man durfte voraussehen, daß beides durch die Haussuchung erlangt werden würde. Allerdings ist das Resultat einer Haussuchung mit Sicherheit nicht vorherzusehen. Dasselbe hängt vielmehr wesentlich von dem Verhalten der Beteiligten vor und bei der Haussuchung ab. Es konnte aber von der Staatsanwaltschaft nicht vermutet werden, daß das Manuscript des fraglichen Artikels gleich nach dem Abdruck bei Seite gejagt oder vernichtet werden würde. Vielmehr ließ sich annehmen, daß sich dasselbe im Redaktionslokal vorfinden würde. Dazu kommt, daß die Requisition die Vornahme einer Haussuchung nur in dem Falle verlangte, wenn der Name des Verfassers des fraglichen Artikels weder von Ihnen, noch von dem Verleger der Zeitung, H. Hartung, genannt werden sollte. Sie hätten also durch Rennung jenes Namens die Vornahme der Haussuchung ganz abwenden können. Hierach ist der hiesige Staatsanwalt in der Sache mit besonderer Rücksicht und Schonung zu Werke gegangen, am allernächstigen fällt ihm eine Verlegung der gesuchten Vorrichten zur Last.“ Die Redaktion dieser Zeitung wird selbstverständlich nicht ermangeln, die geeigneten Schritte zur weiteren Verfolgung ihres Rechtes zu thun.

Graudenz. 8. Oct. [Der Hauptmann v. Besser,] an dessen Verfahren sich das namenlose Unheil der berichteten Verurteilungen knüpft, ist der Publication seines Urteils durch eine Urlaubsreise aus dem Wege gegangen. Wie mehrfach verlautet, soll dieses auf ein Jahr Festungshaft lauten, er jedoch im Dienst bleiben.

Danzig. 9. Oct. [Die bereits erwähnte zweite Adresse der Reactionäre,] welche an Herrn v. Noon gerichtet ist, lautet: „Hochwohlgeborener Herr! Hochgebietender Herr Kriegs- und Marine-Minister. Ew. Excellenz haben, seitdem der König, unter alleranständigster Herr, Hochstellen mit dem hohen und schweren und für unser Vaterland wichtigsten Amte der Kriegsverwaltung betraut hat, so sehr den Erwartungen aller wahren Preußen entsprochen und in dieser Zeit unglaublichsten Wirkungen den Schild preußischer Ehre treu und beharrlich als ein Ritter ohne Furcht und Tadel hoch und rein gehalten, daß wir es uns nicht verlagen können, unseren tief empfundenen und ehrerbietigsten Dank vor Ihnen auszusprechen. Wir erfreuen es uns, vor Ew. Excellenz es des Weiteren darzulegen, weshalb wir die Uniformierung des Heeres, wie des Königs Majestät für befohlen, für eine der notwendigsten, heilhaftesten und wohltätigsten Maßregeln halten, die ergriffen werden; die Gründe liegen für jeden, der sehen will, so offen, daß nur der blinde Unverstand die Zweckmäßigkeit leugnen könnte. Aber die Zweckmäßigkeit ist es auch nicht, nach der die liberalen und demokratischen Gegenden fragen. Als bei den letzten Wahlen seitens der Conservativen ausgesprochen wurde, es handle sich jetzt darum, ob königliches Regiment oder parlamentarisches“ — da erobert sich auf gegnerischer Seite viel sittlich entrüstetes Geschrei wegen dieser Wahl, welche auch noch im Abgeordnetenhaus mit bekanntem Pathos ausgedrückt wurde. Wir Conservativen fornten uns dagegen in Geduld fassen und abwarten. Jetzt heißt es offen: „wo die Gewalt des Staates

* Auch der hiesige „königl. und verfassungstreue Verein“ hat sich auf dieses schlupfrige Feld begeben und sammelt mit vielen Münzen etliche Hundert von Unterschriften. Er wird uns wohl einräumen, daß, wenn der Wahlverein eine Zustimmungsschrift an das Abgeordnetenhaus zu senden für nötig hält, diese in einer einzigen Sitzung mit Laien und für unterschriften und zwar aus dem Kerne der Bürgerschaft

tes sei, das müsse sich jetzt zeigen" — „das bewaffnete Volk müsse hinter dem Parlamente stehen“ — und die Wahlparole der Conservatoren wird also glänzend gerechtfertigt. Rast man jetzt in und außer dem Abgeordnetenhaus: „das Land will die Reorganisation nicht“, so heißt das nichts anderes, als: „wir Demokraten wollen sie nicht — wir wollen dem König sein treues Heer abschmeicheln oder auch abtönen, kurzum entwinden, denn „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, und — wenn der Wallfahrt fällt, muss auch der Herzog nach.“ Die Gegenansetzung ist ganz richtig. Darum will aber auch das Land, so weit es noch nicht demokratisch ist — und noch sind in Preußen die meisten Herzen königlich! — die Reorganisation in dem Umsange und den Grenzen, wie des Königs Majestät in Seiner Weisheit sie für gut gehalten. Es will und erbittet in dieser schweren und trüben Zeit, daß Gott der Herr unserem allergrößten Könige verleihen wolle ein weises Herz, königliche Gedanken, heilsame Rathschläge, gerechte Werke, einen tapferen Mut, starken Arm und verständige und treue Räthe, unter denen wir als einen der ersten und besten noch lange Zeit Ew. Excellenz zu erblicken hoffen, damit das preußische Königthum, an dem so viele große Fürsten mit ihren Getreuen unter Gottes Segen gebauet, in alter Macht und Ehre erhalten und nicht den Geistern des Unterganges zur Beute werde. Gott erhalte Ew. Excellenz noch lange Jahre! Danzig, den 24. September 1862.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 8. October. [Vom Bundesstage.] So viel bis jetzt bekannt, ist an der Bestimmung bei Vertagung der Bundesversammlung vom 14. August, die Sitzungen vom 16. d. wieder aufzunehmen, nichts geändert, und wird also morgen die erste Sitzung nach den Ferien stattfinden. Für dieselbe aber die sofortige Berichterstattung über die beantragte Delegierten-Versammlung und das Bundesgericht, oder auch nur über einen dieser Gegenstände zu erwarten, ist ganz einfach deshalb nicht gesattelt, weil befugte Berichte in dem Bundesgerichts-Ausschusse noch nicht verabt. — Eine wiener Nachricht, daß der Sectionsrat von Riczy (unseres Wissens richtiger Dr. Riczy) sich in den nächsten Tagen in einer besondern Mission nach Hannover begeben werde, scheint nicht zu wissen, daß der Genannte der schon am 8. Mai bei der Bundesversammlung angezeigte Bevollmächtigte Österreichs zu der am 15. September in Hannover zusammengetretenen Bundeskommission für Ausarbeitung einer Civilprozeßordnung ist. Nach dieser Notiz würde aber der österreichische Kommissar etwas später bei jener Kommission eintreffen. (Sternzg.)

Frankfurt, 8. Oct. [Zur homberger Spielbank.] Das „Frank. Journ.“ wird um Aufnahme der nachstehenden Verichtigung ersucht:

Homburg v. d. H., 6. Oct. Die in der ersten Beilage zu Nr. 275 dieses Blattes enthaltene, aus der „R. Fr. 3.“ entnommene Correspondenz von hier, vom 2. Oct., glaubt aus der fürlich erfolgten Pensionierung des Regierungsrathes Wiesenbach folgern zu können, daß die Regierung auf den von dem Letzteren „geforderten“ Beschränkungen des Hazardspiels nicht bestehen wolle, und daß somit hier Alles beim Alten bleiben solle. Nach dem Wenigen, was hierüber bis jetzt Zuverlässiges bekannt geworden ist, soll bei den jüngst hin stattgehabten Verhandlungen wegen der bisherigen Spielbank Regierungsrath Wiesenbach indirekt in seinen „Forderungen“ allerdings weiter gegangen sein als die Regierung; daß die letztere aber das von ihr im öffentlichen Interesse von Anfang jener Verhandlungen an aufgestellte Ziel unverändert festhalten und beharrlich verfolgen werde, kann mit Grund eben so wenig angezweifelt werden, als die Unterstellung irgendwie gerechtfertigt erscheint, als sei die Regierung in dieser Angelegenheit lediglich den Eingebungen des Regierungsrathes Wiesenbach gefolgt oder sonst von persönlichen Absichten oder Einflüssen geleitet.

Karlsruhe, 6. Oct. [Die Ernennung des Staatsrathes Mathy] zum Chef der Hofdomänenkammer und zum vorstehenden Rathe im Finanzministerium bildet so sehr den Gegenstand des Tagesgesprächs, daß ich noch einmal darauf zurückkommen muß. Mathy hat gleich bei seinem Wiedereintritte in den badischen Staatsdienst dieselbe Beurtheilung zu erfahren, die im sturm bewegten Jahre 1848 sich um seinen Namen gelegt hatte. Die radikale Partei jener Zeit glaubte an ihm einen Bundesgenossen zu haben. Darum ihre schwere Enttäuschung, als Mathy persönlich im April 1848 Ficklers, des Agitators für Hecker's Unternehmen, Verhaftung vornahm. Die Reste des damaligen Radikalismus haben dies heute Mathy noch nicht vergeben: die alten Bürokraten können und werden ihm niemals seine parlamentarische Thätigkeit verzeihen. Mathy galt damals — und es ist kein Grund heute zu zweifeln — als ein Mann von großer Thalrafte und fühltem Einstehen für seine Gesinnung. In demselben Augenblicke, in dem er dem Aufstandsversuche verwegen entgegengtrat, hatte er noch nicht einen Gedanken seiner eigenen, im höchsten Grade freisinnigen politischen Überzeugung geperfert. So ist denn die Reaktivierung dieses Mannes allerdings ein gewaltiger Schlag für die altbürokratischen Beamten, die unmittelbar unter den Ministerien arbeiten und die sich durch die Möglichkeit solcher Berufungen mittelbar bedroht sehen. Vielleicht hätte sich für diese Wiederberufung ein besserer Augenblick finden lassen, als die jetzige Konstellation in Preußen. So lange aber die ausgesprochen liberalen Minister am Ruder sind, seien sie sich genötigt, teilweise wenigstens sich mit Männern ihres Geistes zu umgeben. Uebrigens sind auch die Feinde Mathys eindeutig in Anerkennung seiner ganz hervorragenden Fähigung. — Die „Karlsruher Ztg.“ wider spricht, daß der Staatsminister Stabel dem Reaktionsministerium angehört habe, durch welches seiner Zeit Mathy entlassen wurde. (N. 3.)

Darmstadt, 7. Oct. [Vom Hofe.] Heute ist der Prinz von Wales, im Bahnhofe von dem Prinzen Karl, dem Prinzen Ludwig und der Schwester des hohen Gastes, der Prinzessin Alice, begrüßt, hier angelommen und im Palais des Prinzen Karl abgestiegen. — Der Großherzog ist seit vorgestern zu einem längeren Besuch nach Ischl abgereist.

München, 8. Oct. [In Folge eines vom Ausschuss des deutschen Handelstages gefassten Beschlusses] können jene Kammern und Corporationen, die bis 10. ihre Anmeldungen mit Beiträgen nicht eingesendet haben, nicht mehr als Mitglieder des Handelstages aufgenommen werden.

Speyer, 5. Oct. [Verbot von Waffenübungen.] Nach der „Pfälz. Ztg.“ hat die biesige königliche Kreisregierung auf Grund des Vereinsgesetzes die Waffenübungen der Turnvereine untersagt und die königlichen Bezirksämter angewiesen, die Beobachtung des betreffenden Gesetzes von Seiten der Turner zu überwachen.

Aus Thüringen, 6. Oct. [Conflict mit der katholischen Kirche.] Der Bischof in Fulda, von welchem selbst die ihm untergebenen Pfarrer erwartet hatten, daß er seine lezte Unwesenheit in Weimar zu einer persönlichen Verständigung mit der Regierung über den Conflict mit ihm aus Anlaß des staatlichen Verpflichtungsseides der katholischen Geistlichen benützen würde, hat diese Hoffnung getäuscht. Und so besteht noch der traurige Zustand fort, daß bereits einige reniente Geistliche, weil ihnen die Regierung die Temporalien sperrte, resp. die Besoldungen aus der Staatskasse entzog, genötigt waren, das weimarsche Dienstverhältniß aufzugeben. Der Regierung dieses Landes kann Niemand deshalb einen Vorwurf machen, indem sie nur den Eid verlangt, der in der ganzen oberrheinischen Kirchenprovinz, zu welcher die Diözese Fulda gehört, geschworen wird, und den auch bis vor kurzer Zeit alle weimarschen katholischen Geistlichen unweigerlich geschworen haben: „Treue dem Landesherrn und der Verfassung und Geborsam den Gesetzen;“ während der Bischof auf einmal die Pfarrer instruierte, diesen Eid nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt abzuleisten, daß hierdurch nicht den Särgungen und Vorschriften der katholischen Kirche zu nahe getreten werde. (A. A. 3.)

Noburg, 7. Oct. [In der heutigen Schlussitzung der Generalversammlung des deutschen Nationalvereins] war der erste Gegenstand der Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers über die inneren Vereinsangelegenheiten. Nach dem Berichte stellt sich die Zahl der gegenwärtigen Mitglieder auf circa 25,300, das active

Bereinsvermögen auf circa 32,000 fl., wobei jedoch die jetzt fällig werdenden Jahresbeiträge nicht mitgerechnet sind.

Eine längere Debatte erregte der Antrag des Ausschusses über die Wehrfrage, deren Resultat im Wesentlichen auf eine Vertagung dieser Angelegenheit hinausließ. Es wurde nämlich folgende motivierte Tagesordnung angenommen:

In Erwägung, daß zwar nach allgemeiner Uebereinstimmung die jetzige Heereseinrichtung in Deutschland an ihr wesentlichen, einer Abhilfe dringend bedürftigen Mängeln leidet, daß auch eine gründliche Reform der jetzigen Heeresverfassung allein von der allmählichen Verwandlung oder wenigstens teilweise Erfolg der stehenden Heere durch ein wahres Volktheer zu erwarten ist, daß dagegen über die Mittel und Wege, zu diesem Ziele zu gelangen, über die technische Veränderung der angestrebten Umwandlung und über die Frage welche Maßregeln für den Zweck sofort in Bewegung zu setzen wären, noch Meinungsverschiedenheiten bestehen: geht die Versammlung zur Tagesordnung über in der Erwartung, daß die obige Frage den Gegenstand einer unausgesetzten Aufmerksamkeit des Vereins und des Ausschusses bilden wird.

Von dem ursprünglichen Antrage des Ausschusses wurde nur Punkt 3 angenommen. Derselbe lautet:

Die patriotischen Bestrebungen, welche in der Förderung und Organisation des deutschen Schülern- und Turnwesens, in der Constitution von Bewerbervereinen und Jugendverbänden und in dem Wirken der deutschen Presse und Vereine zu Tage treten, verdienen die Anerkennung und stete Unterstützung des Volks.

Sodann eröffnete Dr. Wex mit einer längeren, klar die Verhältnisse darlegenden Rede die Discussion über folgenden Antrag:

In Erwägung, daß das zwischen dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und den Abgeordneten dieses Landes vereinbarte und am 10. Oct. 1849 publicirte Staatsgrundgesetz nicht auf rechtsgültige Weise aufgehoben ist; in Erwägung, daß die Wiederherstellung des Rechtszustandes in Mecklenburg-Schwerin im allgemeinen deutschen, sowohl politischen als wirtschaftlichen Interesse ist; in Erwägung, daß die mecklenburgische Bevölkerung auf das unzweckmäßige gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes und die Wiederherstellung von Ritter- und Landschaft protestiert hat, dem mecklenburgischen Volke aber in Erhaltung aller constitutionellen Rechte und Formen die Durchführung einer gesetzlichen Gleichmachung seines Rechtes auf die Verfassung vom 10. Oct. 1849 unmöglich ist, beschließt die Generalversammlung: mit allen gezielten Mitteln dahin zu wirken, daß sobald als möglich das verfassungsmäßige Recht und der verfassungsmäßige Zustand in Mecklenburg-Schwerin durch Wiederherstellung der Verfassung vom 10. Oct. 1849 zu Geltung gelange.

Nachdem noch über dieselbe Frage Obergerichtsanwalt Dr. Ladenburg aus Mannheim in ausgezeichnetner Rede, besonders die rechtliche Seite der Angelegenheit hervorhebend, gesprochen und dabei auch den sogenannten Schiedsspruch der Herren Dr. Götz aus Berlin, Dr. v. Schele aus Hannover und Dr. v. Langens aus Dresden trefflich charakterisiert und Dr. Moritz Wiggers aus Mecklenburg die Leiden seiner Landsleute geschildert, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Eine gleichinstimmige Annahme fand der Antrag der Vereinsmitglieder L. Bromme und Genossen in Dresden, welcher lautete: Die Generalversammlung wolle aussprechen: „das preußische Volk und das aus dessen freiem Wahlrecht hervorgegangene Abgeordnetenhaus haben sich um das deutsche Gesamt-Vaterland wohl verdient gemacht.“

Nachdem hierauf Dr. Lefschmann aus Offenbach a. M. über die londoner Arbeiter-Erschließung Bericht erstattet und ihm dafür durch den Vorsitzenden v. Bennigsen der Dank der Versammlung ausgedrückt, kam der letzte Gegenstand der Tagesordnung, der Antrag von Wartenburg und Genossen, auf Herauslegung des Jahresbeitrags, zur Debatte. Dieselbe war äußerst lebhaft und animirt. Als Redner für den Antrag hatten sich einzeln lassen die Herren Dr. Jäger aus Hirschberg, Wartenburg aus Gera, Fries aus Weimar und Streit aus Coburg, sämmtlich der thüringischen Demokratie angehörend. Dagegen sprachen die Herren Dr. Seeger aus Stuttgart, Götte und Wex aus Hamburg, Wirth aus Frankfurt. Außerdem hatten sich noch die Herren Miquel aus Göttingen und Bürgers aus Köln gegen den Antrag einzeichnen lassen. Von den eingezählten Rednern für den Antrag, dessen Bedeutung und Tragweite die Versammlung wohl anerkannte, wurde besonders die Notwendigkeit hervorgehoben, den Arbeitervorstand und den Kleinbürger für den Verein zu gewinnen. Allein trotz der warmen und lebhaften Befürwortung der Herren Dr. Jäger, Wartenburg und Fries (Streit konnte, da Schluß der Debatte beantragt wurde, nicht zu Worte kommen) lehnte die Versammlung mit zwei Dritteln gegen ein Drittel der Stimmen den Antrag ab.

Weimar, 6. Oct. [Die Generalversammlung der Schiller-Stiftung vorhergehenden Sitzungen] des Verwaltungsrathes sind gestern Abends um 4 Uhr geschlossen. Der Verwaltungsrath ist vollständig anwesend, und zählt als Mitglieder: den Generalintendanten Dingelstedt als Vorsitzenden, C. Voigt als Führer der Centralkasse, Dr. Guzikow als Generalsekretär (diese am Vorort); ferner den Provinzial-Schulrat Bormann aus Berlin, den Advokaten Dr. Braunfels aus Frankfurt a. M., den Professor Dr. Fischer aus Stuttgart, den Professor Dr. Förster aus München, den Director Georgi aus Dresden. — Heute trat die General-Versammlung selber zusammen. In derselben sind vertreten: Berlin durch Provinzial-Schulrat Bormann und Dr. Zabel, Redakteur der Nationalzeitung, Breslau durch Prof. Dr. Haase, Köln vertritt Dr. G. Jung, Darmstadt Generalstaatsprocurator Emmerling, Danzig Dr. Bobrit, Director der Handelsakademie, Dresden Director Georgi und Advokat Judeich, Frankfurt a. M. Dr. Braunfels, Graz S. Mosenthal, Hamburg Dr. Rob. Heller, Königsberg Dingelstedt, Laibach C. Voigt, Lübeck Dr. Bipp, Leipzig Prof. Dr. Buttke und Advokat Dr. Wanke, München Dr. E. Förster, Mannheim Buchhändler Schneider, Nienburg Oberbürgermeister Rasch, Offenbach Hofgerichtsadvokat Dr. Zimmerman, Stuttgart Prof. Dr. Fischer, Wien S. Mosenthal.

[Über die erste, die Geschäftssordnung betreffende Sitzung der Generalversammlung] der Schillerstiftung am 6. Oct. entnehmen wir der in Weimar erscheinenden Zeitung „Deutschland“ Folgendes:

„Hrn. Generalintendanten Dr. Dingelstedt wurde für die Generalversammlung das Präsidium, Hrn. Prof. Dr. Haase aus Breslau das Vicepräsidium und den Herren Dr. Moenthal aus Wien und Advokat Judeich aus Dresden die Schriftleitung übertragen; besondere Commissionen wurden für die Revision der Verwaltung und die Begutachtung der zur Beratung kommenden Anträge ernannt. Ein Antrag des leipziger Abgeordneten Hrn. Prof. Buttke auf Änderung der Tagesordnung wurde abgelehnt. Über die provisorische Geschäftssordnung und die vom Verwaltungsrath vorgeschlagenen Änderungen und Zusätze zu derselben berichtete Dr. Schulz Bormann, wobei sich eine lebhafte Debatte entspann, ob die Zweigstiftungen die an die Centralkasse abzufließenden zwei Drittel der Binsen ihres Vermögens von dem vollen Binsenbetrag oder erst derjenigen Summe, welche sich nach dem Abzug der Verwaltungskosten ergeben wird, entnehmen sollten. Auf besonders energische Erklärung des Abgeordneten für Wien, Hrn. Dr. Moenthal, erklärte sich die Versammlung für den letzten Modus. Eine noch lebhafte Debatte entspann sich über das durch Hrn. Dr. Guzikow bekleidete Generalsecretariat, gegen welches schon früher Leipzig und Darmstadt Protest eingelegt hatten und welches schon vor dem Zusammentreten der Versammlung Gegenstand vielfach gewechselter Circulare gewesen war. Nach einer mehrstündigen Debatte, an welcher Dr. Guzikow selbst keinen Theil nahm, wurde beschlossen, daß das Generalsecretariat als ein Verwaltungsrath anerkannt werden, vorläufig immer nur auf fünf Jahre dauernd, jedoch von der Generalversammlung auch auf Lebensdauer gültig in geeigneten Fällen bezeichnet werden sollte. Die Lebensfähigkeit wurde in Bezug Dr. Guzikow's anerkannt. Bei der Wichtigkeit der Differenz der Schillerstiftung mit dem Major Serre wurde beschlossen, die fernern Verhandlungen öffentlich zu halten und dem Publikum in einem Nebensaale den Eintritt zu gestatten.“

Paris. [Die französische Presse über die politischen Zustände Deutschlands.] Wir geben nachstehend aus einer berliner Correspondenz des „Temps“ eine gelegentlich der weimarschen Versammlung entworfene Schilderung der gegenwärtigen politischen Zustände Deutschlands: „Wenn man mit aufmerksamer Theilnahme dem Gange der Ereignisse jenseits des Rheines folgt, so ist es unmöglich, nicht Gutes von der Zukunft Deutschlands zu hoffen. Trotz des münchener „Moniteur“-Correspondenten wird dieses Volk der Ernst der inneren Lage, die Gefahren des von Bonaparte bedrohten Europas und der Welt, die Agitationen in Italien und Polen, die kriegs- und revolutionär schwangere römische Frage, alles vereinigt, sich, um die republikanische Partei zum Reden und zum Handeln aufzufordern. Trotz Gendarmen und Spionen hat die Idee im Verlaufe der letzten zehn Jahre ihren Weg gemacht. Begünstigt durch die zahllosen Missbräuche des bonapartistischen Regiments, hat sich dem Bewußtsein aller ehrlichen Leute die Notwendigkeit der Revolution aufgedrängt, so daß die große Armee des Rechts, obgleich durch das Schaffot, das Gefängniß, Exil und Deportation zerstört, heute zehnmal zahlreicher ist, als sie es unter der Republik war... Alle Welt ist zu der Überzeugung gelangt, daß das Kaiserreich das Böse unter allen Formen ist, das Böse mit der höchsten Gewalt verbunden, mit Slaverei, Untergang und Glend.“ — Noch bestiger in die Sprache des andern Plakats, welches den Titel: „Garibaldi und Bonaparte“ trägt. — „Republikaner von Paris und Frankreich“, so lautet eine Stelle derselben, „vergessen nicht, der wahre Mörder Garibaldis, der, welcher sein Blut vergossen, der, welcher seine Hand an den Helden von Varsovie und Marsala gelegt hat, ist Bonaparte, Bonaparte der.....! Ohne diese elenden Tyrannen, dessen verderblicher Erbgott so schwer auf der Welt lastet, würde Garibaldi seine hohe Aufgabe erfüllt haben. Bonaparte fürchtet aber die Bestimmung und das Schwert des Freiers beider Sizilien, und Garibaldi mußte das Opfer eines niederrächtigen Hinterhalts werden... die französischen Republikaner werden sich dessen erinnern; sie werden dieses Verbrechen zu den andern Verbrechen Bonapartes hinzufügen und von ihm, wenn die Stunde der Vergeltung schlägt, Rechenschaft für Garibaldi verlangen.“ Diese Drucksachen tragen die Unterschrift: „Imprimerie de la République universelle“. Wie es scheint, ist es die gleiche geheime Presse, welche der kaiserlichen Regierung vor einiger Zeit mit dem „Lion du quartier latin“ einen großen Schreck einjagte. Wie damals, so werden noch jetzt in Paris und den Departements zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Das Schidal, welches damals dem Professor Scheurer in Thann zu Leibe ward, hat diesesmal unter andern auch ein sehr angesehener pariser Bürger, Namens Fombertaux, erfahren.

Oesterreich.

W. P. Wien, 9. Oct. [Aus dem Ausschusse zur Berichterstattung über Brothes Antrag.] Der zur Berichterstattung über den Antrag des Abgeordneten Brothe wegen Aufhebung des Verleihungsverfahrens niedergelegte Ausschus hat heute seine Beschlüsse gefaßt. Nachdem die Herren Minister v. Schmerling und v. Lasser erklärt hatten, daß sie binnen 8 Tagen eine Regierungsvorlage einbringen werden, durch welche die dringenden Uebelstände des bisherigen Verleihungsverfahrens behoben werden sollen, wurde von Seiten des Ausschusses beschlossen, dem Abgeordnetenhaus die Vertagung der Berathung über den Brotheschen Antrag auf 8 Tage zu empfehlen.

Italien.

Turin, 5. Oct. Die heute unterzeichnete Amnestie umfaßt auch die in Neapel verhafteten Deputirten, obgleich sie nach der offiziellen Wendung wegen irgend einer in Neapel selbst begangenen Ungezüglichkeit festgenommen sein sollen. — Die 32 Offiziere des Corps des Generals Mella, welche ihre Entlassung gegeben, um nicht gegen Garibaldi kämpfen zu müssen, sind jetzt vom Kriegsgerichte zur Degradation verurtheilt worden. Auch ist bereits ein auf Erziehung lautender kriegsrechtlicher Spruch gegen 5 der regulären Armee angehörende Soldaten ergangen, die sich unter den Garibaldianern befanden. Wenn auch die Desertirten ausdrücklich von der Amnestie ausgenommen sind, so glaubt man doch, daß diese Strafe gemildert werde, zumal die Gefangenen der Gnade des Königs empfohlen worden.

Nach dem Jahresbericht des Finanz-Ministeriums für 1862 beträgt das Deficit 350,936,255 Fr., wobei indeß die außergewöhnlichen Kosten, welche die sizilianischen Vorgänge nach sich gezogen, noch nicht berücksichtigt sind. Die Activa belaufen sich auf 623,411,144 Fr., die Passiva aber auf 974,347,399 Fr. Indes hofft Herr Sella noch immer vermöge der von ihm eingebrachten Finanzgesetze über Domänen-Verkauf u. s. f. für dieses Jahr eine Umlieh zu vermeiden.

[Ein Brief Favours.] Die „Nazionale“ in Florenz veröffentlicht ein Schreiben des Grafen Favour vom 1. Febr. 1860 über Vorschläge, welche die englische der französischen Regierung damals zur Lösung der italienischen Frage gemacht und welche der Kaiser Napoleon angenommen hatte. Danach sollte letzterer sich mit dem heiligen Vater über den Abzug der französischen Truppen von Rom zu verständigen haben. Dies sollte in der Weise geschehen, daß der päpstlichen Regierung die Zeit bliebe, für die Ruhe in Rom durch eine Garnison päpstlicher Truppen zu sorgen und die nöthigen Vorkehrungen gegen Unordnung und Anarchie zu treffen. England glaubte, daß durch diese Maßregeln die Sicherheit des römischen Stuhles gewährleistet werde. Ferner sollte die innere Regierung Venetiens kein Gegenstand für die Unterhandlungen der Grobmächte mehr sein. Hierzu hatte der Kaiser der Franzosen einen Vorbehalt gemacht, da er die Sache Venetiens vertheidigen wollte.

Schweiz.

Bern, 6. Oktbr. [Die republikanische Partei in Frankreich führt sich. Trotz den zwei neuen Polizeibrigaden, welche Perigny errichtet hat, fordern Platate an den Straßenenden das Volk zur Erhebung auf. Zwei solche Platate sind uns so eben zugangen. Das eine derselben, „Crites Bulletin, 21. Sept. 1862“ beitelt, beginnt: „Die Zeit, die Fahne der Republik zu erheben, und den Heucheleien und Lügen des Despotismus die ernste Sprache der Grundlage und Wahrheit entgegen zu stellen, ist gekommen. Der Ernst der inneren Lage, die Gefahren des von Bonaparte bedrohten Europas und der Welt, die Agitationen in Italien und Polen, die kriegs- und revolutionär schwangere römische Frage, alles vereinigt sich, um die republikanische Partei zum Reden und zum Handeln aufzufordern. Trotz Gendarmen und Spionen hat die Idee im Verlaufe der letzten zehn Jahren ihren Weg gemacht. Begünstigt durch die zahllosen Regimenter, hat sich dem Bewußtsein aller ehrlichen Leute die Notwendigkeit

einer Theelanne brauen wollen, auf seinen hochgelahrten Universitäten, deren einheitlichste selbst von Partikularismus nicht frei sind, in den Bundesstagsprotokollen, auf dem Gepräge seiner Münzen, an den Schleifen seiner Fahnen. Nein, nur in der von dem ersten deutschen Parlamente erlassenen Magna Charta, von der man gewisse Artikel revidiren kann, zu dem man jedoch stets wird zurückkehren müssen, nur in ihr habe ich des Deutschen Vaterland gefunden." — Die imperialistische "Patrie" bringt einen eigenen Artikel über den Congres von Weimar und nachdem sie die einzelnen Beschlüsse des weimaren Congresses kurz aufgezählt hat, sagt: "Wenn ein solches Programm auch nicht verwirklicht wird, so bleibt es doch immer eine Fahne, deren leuchtende Farben die Massen anziehen und die Farben verdunkeln werden, wonit die reactionären Parteien höchstens noch die Augen der Autoritätsmänner zu bestechen vermögen." „Es wäre Zeit", liest man am Schluß des Artikels, „daß man in gewissen Residenzen Deutschlands dem Erfolge Rechnung trüge, welcher heute den „Träumen“ von gestern zu Theil wird. Man hätte etwas Besseres zu thun, als diese Mahnrufe der öffentlichen Meinung mit Wegwerfung zu behandeln und verächtlich auf diese friedlichen Bestrebungen niederzuschauen. Die jenseits des Rheines vor sich gehende Bewegung ist eine von Grund aus liberale und deshalb sollte sie zu führen und nicht zu Gegenwirken haben, welche ihr eines Tages nicht zu widerstehen vermögen werden."

Paris., 7. Oct. Bekanntlich hat der „Moniteur“ vorgestern angekündigt, daß das Drama „Les Misérables“ (nach dem berühmten Buche Victor Hugo's verfaßt) auf den Antrag der Censur-Commission, und ohne alle weitere vorherige Prüfung, verboten worden sei. Herr Charles Hugo (Sohn des Dichters) hat nun an den „Moniteur“ ein Schreiben gerichtet, worin er die Thatsachen, wie sie sich zugegragen, erzählt. Dasselbe lautet:

Paris, 6. October 1862.

An den Herrn Chef-Redacteur des „Moniteur.“
Dem Wortlaut des Gesetzes zufolge fordere ich Sie auf, dieses Schreiben in Ihre nächste Nummer aufzunehmen. Ich lese in der Nummer des „Moniteur“ vom 5. October über das gegen das aus den „Misérables“ gezeigte Drama erlaßene Verbot eine Note, die näher zu beleuchten nützlich ist. Hier die Thatsachen: Am letzten 12. August wurde Herr de Chilly, Director des Théâtre de l'Ambigu, zu Herrn Camille Doucet berufen. Ein Gelehrte-Bauteile: „Les misérables partout“, war von der Prüfungs-Commission verweigert worden, und aus diesem Anlaß kündigte Herr Camille Doucet Herrn de Chilly an, daß man folgende Maßregel ergriffen habe: Das noch nicht beendete und nach den „Misérables“ gemachte Drama, welches das Ambigu aber bereits angenommen und angekündigt hatte, war im Vorauß verboten worden. Außerdem sei, wie Herr Camille Doucet hinzufügt, jede Aufführung auf die Personen oder Handlung des Romans in den theatralischen Revuen, die am Ende jedes Jahres gegeben werden, untersagt. Der Director des Ambigu, in seinen Interessen stark verletzt, hielt es nothwendig, in einem vom 22. August dairten Schreiben Berufung gegen diesen ungewöhnlichen Beschluß einzulegen und auf seinem Rechte zu beharren, das auf diese Weise verbote Stük der Prüfungs-Commission einzutreten. Alsdann, und nur alsdann wurde, wie man auch nach der Präventiv-Maßregel voraussehen konnte, das Drama „Les Misérables“, dem Antrage der Prüfungs-Commission gemäß, nach den gewöhnlichen Regeln verboten. Die Präventiv-Maßregel war am 12. August erlassen, das regelmäßige Verbot wurde am 13. Septbr. kund gethan. Ich zweife übrigens nicht, daß das bei dieser Gelegenheit von dem Director des Ambigu in Anspruch genommene Recht auch den Autoren der Revuen am Schlüsse des Jahres, welche darauf bestehen, zugestanden werden wird. Die Documente und das Datum beweisen hinlänglich die Existenz der Präventiv-Maßregel, die der Uebersendung des Dramas an die Prüfungs-Commission und in Folge dessen dem Gutachten derselben vorausgegangen war.

Ich habe die Ehre, Sie zu grüßen. Charles Hugo.

(Der „Moniteur“ bringt aber dieses Schreiben heute nicht.)

Paris., 7. Oct. Ratazzis Besuch, auf den 15. d. angekündigt, ist aufgeschoben, nach einer anderen Lesart ganz aufgegeben. Bedarf der Kaiser keiner mündlichen Befreiung mit dem Präsidenten des italienischen Kabinetts, oder weiß dieser schon im Vorauß, was er vom Kaiser zu hören bekommen wird?

Der „Moniteur“ zeigt den vorgestern Abend erfolgten Tod des 86-jährigen Vice-Admiral Baron Lamarant an, welcher alle Seespiele der Republik und des Kaiserreiches mitgemacht hat.

Herr Barrot, der französische Botschafter in Madrid, ist wieder auf seinen Posten zurückgekehrt.

Wie dem „Courrier du Havre“ von hier gemeldet wird, ist der erste Band von des Kaisers „Julius Cäsar“ bereits gedruckt, aber die Zeichnungen sind noch nicht fertig. — Es gingen diesen Abend dunkle Gerüchte über den hoffnungsvollen Zustand, in dem Garibaldi in Folge seiner Wunden sich befände. Das Amnestie-Dekret siehe demnach in eine sehr ominöse Zeit. — Cardinal Wiseman hat ein Rundschreiben an die englischen Katholiken erlassen, indem er die Doctrinen des Journals „La France“ über die Lösung der römischen Frage diskußiert und teilweise widerlegt. Auch das israelitische Consistorium von Paris glaubt, wie mir versichert wird, sich mit dieser Lösung beschäftigen zu müssen. Zum Glück wären die Stimmen für und gegen den Papst getheilt, so daß also die Autorität dieser Corporation zu gleichen Theilen in die beiden Waagschalen fällt. Das Consistorium soll, in Folge seiner getheilten Ansicht, verschlossen haben, in dieser Angelegenheit kein öffentliches Votum abzugeben. — Prinzessin Mathilde hat in St. Gratian ein großes Diner gegeben, dem mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie, Graf Bismarck und noch einige andere hohe Persönlichkeiten beiwohnten. — Nachrichten aus Biarritz erzählen von einem kleinen Unfall, der dem Kaiser beim Baden zugeschlagen sei. Ein Krampfanfall habe ihn, der bekanntlich ein vorzüchlicher Schwimmer ist, eine Zeitlang an seinen Bewegungen gehindert; doch sei keine wirkliche Gefahr vorhanden gewesen.

Paris., 7. Oct. [Aus dem Orient.] — Das Unterliegen Serbiens und Montenegro. Man hat jetzt hier den Wortlaut der montenegrinischen Konvention erhalten, und sie macht allgemein den Eindruck, für Montenegro noch weit ungünstiger zu sein, als man erwartet hat. Die Anerkennung der Oberhöheit der Porte ist zwar nicht in Worten ausgedrückt, aber sie liegt im Geiste des ganzen Documentes. Die strategische Straße, welche man, um weniger Protestationen hervorzurufen, hier Handelsstraße nennt, geht von der Herzegowina nach Scutari, schneidet Montenegro mitten durch und wird wirklich Blockhäuser bekommen, in welchen die Türken Garnison halten werden. Man hat irrtümlicherweise geglaubt, daß außer dieser Heerstraße auch noch eine Handelsstraße stipulirt sei, so daß das kleine Land förmlich verhakt worden wäre. Dies ist jedoch nicht der Fall, sondern die erwähnte diplomatische Benennung der strategischen Straße als Handelsstraße hat zu dieser Verwechslung Anlaß gegeben. Die serbische Regierung soll auf Anrathen Englands das Protokoll von Konstantinopel angenommen haben. Ist dies der Fall, und bleiben die russischen Proteste über die Erledigung der montenegrinischen Angelegenheit, wie zu erwarten steht, ohne Erfolg, so ist der Sieg der englischen und österreichischen Diplomatie ein sehr bedeutender. Montenegro hat den ganzen Aufstand nur in Folge der Versprechungen gemacht, welche es aus den Donauländern, aus Italien, aus Griechenland erhalten hat. Es soll jetzt auf zwei Generationen hinzu erschöpfen sein. Kein Wunder, wenn Russland mehr als je durch Mitwirkung Preußens Revanche zu nehmen sucht. Frankreich scheint bei allem, mindestens gesagt, sehr wenig aufrichtig, und spielt überhaupt den Kühlen, den unendlich Kühlen. — Heute will man hier bestimmter wissen, daß Herr v. Bismarck am 15. d. Mts. Berlin verläßt, um seine Abberufungsschreiben zu übergeben. General Durando scheint wirklich als Gesandter nach Berlin zu kommen. (Nat. Ztg.)

Großbritannien.

London, 6. Oct. [Neue Schlacht im Hyde-Park.] Gestern

abermals Schlacht im Hyde-Park ohne die geringste vernünftige Ursache, aber mit vielen Verwundeten und Arrestirten. Das Bulletin nimmt in den heutigen Morgenblättern eine ganze Spalte engen Drucks ein und ist so ziemlich genau. Nur das Eine ist zu berichtigten, daß es nicht blos mit 15—20 unerheblichen Verlegerungen abgethan war. Es gab im Gegenteil wohl ein Dutzend sehr bedenkliche Schädler, von 100 anderen kleineren Beschädigungen nicht zu reden. Die Scene war genau wie am vorigen Sonntag: der große Erdhause, der im Volksmunde den Beinamen Redan erhielt, und um dessen Besitz die beiden Parteien fochten; die Parteien selbst — mit Knütteln bewaffnete Irlander, auf 1000 und darüber geschätzte; ihnen gegenüber ungefähr 80,000 Spaziergänger mit Weibern und Kindern, waffenlos zwar und ohne direkte Offensiv-Tendenzen, aber spectakelhaft und, wenn's gerade sein muß, zu einer Keilerei mit der Schwesternsel nicht abgeneigt. Damit waren die Elemente zum Strauß vorhanden. Veranlaßung gaben diesmal die Irlander, welche, zur dichten Phalanx geballt, den Redan besetzt hatten und unter Bivats für den Papst die Anderen höhend aufforderten, ihnen die Position zu entreißen. Sofort entspann sich der Kampf, der, mit abwechselndem Glück geführt, zuletzt für die Garibaldianer — unter denen aber nur Anti-Irlander zu verstehen sind — entschieden wurde. Militär- und Polizei-Patrouillen gruppirt sich zur Schlüß-Dekoration. Der Tag war prachtvoll, die Keilerei grandios, und das Schlachtfeld im Mondchein unbeschreiblich schön. Das Ganze bleibt aber als Massen-Gassenkübel höchst bedauerlich. Die „Times“ schreibt, zunächst den Irlandern, die Hauptshuld auf die Regierung. Die Parks seien friedlichen Spaziergängern gewidmet. Wenn jemand gegen Louis Napoleon und für Garibaldi donnernde Reden halten wollte, so suche er sich einen entlegeneren Rasenplatz außerhalb der Stadt. Die Regierung habe das Recht und die Pflicht, derlei Massen-Meetings, welche selten ruhig verlaufen, bei schwerer Strafe zu verbieten u. s. w. u. s. w. — Nachricht. Verhör und Aburtheilung der gestern in Hyde-Park Arrestirten — es sind 14 und fast lauter Irlander — gingen heute im Polizei-Gerichtshofe von Marlborough Street vor sich und sind eben geschlossen worden. Je nach ihrer Beurtheilung wurden sie zu Geld- und Gefängnisstrafen verurtheilt. Das härteste Strafmaß lautete auf zwei Monate Arrest, die meisten kamen mit einem Monat davon.

London., 7. Oct. [Dundas+] Am Freitag starb nach langwieriger Krankheit und schweren Leiden der aus der Zeit des Krim-Krieges her allgemein bekannte Admiral Sir James Whistley Deanes Dundas. Sir James trat im Jahre 1799 in den Flottendienst und avancierte allmählich zum Admiral der weißen Flotte. Im Jahre 1857 erhielt er für seine Dienste im schwarzen Meere das Großkreuz der Ehrenlegion; das des Bathordens war ihm schon früher verliehen worden.

Das große Garibaldi-Meeting, das in der City vorbereitet wird, ist auf den 14. Oktober anberaumt. Man glaubt, daß der Lord Mayor bei demselben den Vorsitz führen wird.

Musiland.

Petersburg., 3. Okt. [Bei der Anlage der sibirischen Telegraphenlinie], welche bereits bis Omsk reicht und 1863 bis Irkutsk beendigt sein soll, hat sich die Möglichkeit herausgestellt, mittelst dieser Linie und der Post die Communication zwischen Europa und China zu beschleunigen. In Folge dessen hat die Regierung, nach vorgängiger Anhörung des Ministers des Neuzerns über die Einleitung einer solchen Verbindung, den Entwurf von Vorschriften für eine solche Telegraphen-Correspondenz der westlichen Staaten über Russland nach China veranlaßt. Um Schlüsse derselben ist angegeben, in welcher Weise die Depeschenbeförderung von den Reichsgrenzen über Kiautschau nach Peking von Statten geht. — Nach einer Notiz der „Nord. Post“ besitzt Russland in Transsakasien 400,000 Dschäfalien zur Baumwollkultur geeigneten Boden, um sämmtliche Bedürfnisse Europas dort zu befriedigen. — Derselben Blatte zufolge verfügt ein Erlass des Ministers des Innern, in Erwägung, daß, da der Zeitpunkt, wo die Grundbesitzer allein die Arrangements mit den Bauern aufzugeben durften, vorüber sei, die Friedensrichter daher befugt sind, die Verträge im Sinne des bezüglichen Gesetzes zu verbessern und nur ausnahmsweise die Gutsbesitzer zu Rathe zu ziehen. (H. B.-H.)

Merika.

Newyork., 23. Septbr. [Der Norden am Rande eines Abgründes glücklich vorübergekommen.] Der Radicalismus des Südens hat durch den Übergang seines Heeres über den Potomac versucht, auf dem Boden der freien Staaten das Banner der Slave-Conföderation aufzupflanzen und um dasselbe alle seine geheimen Anhänger im Norden zu sammeln. Die Politik der Gemäßigten, welche Jefferson Davis mit seiner Installation als Präsident stets mit solcher Entschiedenheit vertreten hatte, daß oft schon in der Presse die Nothwendigkeit seiner Abdankung besprochen wurde, unterlag dem Radicalismus, der das Heer und die öffentliche Meinung für sich hatte. Der Süden wollte sich nicht auf die Vertheidigung seines Territoriums, auf die Erringung seiner Selbstständigkeit beschränken, er wollte die Union für sich erobern. „Auf dem eroberten Boden des Nordens schließen wir Frieden, und dann wird es sich fragen, welche Staaten wir in den neuen Bund aufnehmen“, so sprach die südliche Presse. Die Gefahr für den freien Norden war groß. Kam das südliche Heer in Besitz von Maryland, so fiel Washington und Pennsylvania sah den erobernden Feind auf seinem Boden. Dann begann im Norden die innere Revolution. Die sogenannten Conservativen würden sich um die südliche Bundes-Regierung in Washington gereiht haben. Lincoln und seine Verwaltung, flüchtig im Norden, würden als die constitutionseindlichen Vertreter einer verrätherischen Faktion geächtet werden sein. Im Capitol zu Washington hätte der südliche Sieger verkündet: „Die Constitution wie sie ist, die Union wie sie war!“ Die wieder vereinte Demokratie des Nordens und des Südens würden dann später die nötigen Verbesserungen zu Gunsten der Slaven-Aristokratie gemacht haben. Dies war der Zweck, dies die Hoffnung Lee's und seines Heeres, als sie über den Potomac gingen. Daß der freie Norden der Gefahr entging, mit welcher der äußere und innere Feind ihn bedrohte, verdankt er vor Allem der Furcht der Secessionisten in Maryland. Sie hielten dem Süden ihr Versprechen nicht; sie eilten nicht zu dessen Fahne. Der Schrecken, auf ihrem Boden die Verheerungs-Szenen von Virginien zu erblicken, und wohl auch der Gedanke, im Halle des Misslingens Opfer des Confiscationsgesetzes zu werden, hielt sie zurück. Maryland blieb unbätig und rettete den Norden vor dem Angriffe des südlichen Radicalismus. Aber alle Patrioten des Nordens fühlten sich tief erschüttert bei dem Gedanken, daß die Sache der Freiheit durch den äußeren Feind und die Verchwörung im Innern Untergange so nah gekommen war. Von der Regierung, mit Starrfiss in der Politik der Schwäche verharrend und unter dem Einfluß der militärischen Vertreter der slaveriefreudlichen Demokratie, erwartete man nicht die Rettung. Die Nation mußte daran denken, selbst die Vertheidigung der Republik in die Hand zu nehmen. Endlich erkannten Lincoln und sein leitender Rathgeber Seward die Nothwendigkeit, dem Gebote der Verhältnisse nachzugeben. Der Norden wird endlich im Namen der Freiheit für die Union kämpfen. Es ist

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 10. October. [Tagesbericht.]

=bb= [Jubilare.] Der Schuhmachermeister Herr Gottlieb Hinkelmann, 79 Jahr alt, feierte am gestrigen Tage sein 70jähriges Bürger-Jubiläum. Die Stadtverordneten haben den Jubilar zu diesem Feste durch eine Deputation beglückwünscht. Der zweite Jubilar ist der Kaufmann Jacob Soms Sklower, der schon am 25. October 1857 seine goldene Hochzeit gefeiert hat. Der verdienstvolle Jubilar ist gleich seinem Vater und Großvater ein Bresläuer, und hat sich Achtung und Liebe auch in weiteren Kreisen erworben. Seitens des Stadtverordneten-Collegiums fand eine Begeisterung derselben durch die Herren Sanitätsrat Dr. Gräher und Hsm. S. Goldschmidt statt.

* [Universität.] Der Umbau der Gewächshäuser im botanischen Garten ist in den Haupttheilen vollendet, und das neue Palmenhaus, nach dem Muster des londoner Krystallpalastes aus Glas und Eisen construit, wird unseren academischen Instituten zur Zierde gereichen.

* [Portrait.] Ein bis in die feinsten Details sauber ausgeführtes Brustbild des genialen Pianisten Adolph Henselt schmückt gegenwärtig das Schaufenster der Skulptischen Buchhandlung auf der Schweidnitzerstraße; das Portrait, welches die Aufmerksamkeit vieler Vorübergehenden anzieht, ist aus dem photographischen Atelier unseres kunstvollen Mitbürgers Rob. Weigelt hervorgegangen.

* [Vereins-Angelegenheiten.] Die „Harfe“, ein Bund für „Zukunftsmusik“, beginnend diesen Mittwoch ihr Stiftungsfest bei einem gemütlichen Souper und will Sonnabend eine Nachfeier im Saale des Heligarten veranstalten, die in einem Tanzvergnügen in Verbindung mit heiteren Musikaufführungen bestehen soll. — Morgen eröffnet auch die constitutionelle Ressource im Weißgarten die Wintersaison mit einem Ball, zu welchem der Vorstand recht hübsche Arrangements getroffen hat. Gäste können von Mitgliedern eingeführt werden gegen Entrée von 15 Sgr. für Herren und 10 Sgr. für Damen.

* [Hunde-Maulorbe.] Den Unterzeichnern der Petition, betreffend die Abschaffung der Hunde-Maulorbe, ist zu Händen des Literaten Hrn. Falkenhain am 8. d. M. der magistratualische Bescheid zugegangen: — daß das Tragen der Maulorbe von Hunden, aus Gründen der Sanitäts- und Sicherheits-Polizei gerechtfertigt, resp. geboten erscheint und wir uns nicht verlaßt finden können, auf Auhebung der diesfälligen polizeilichen Verordnung hinzuwirken. — Dem Vernehmen nach wollen sich die Beteiligten bei diesem Bescheide nicht beruhigen und weitere Schritte thun, um wenigstens die kleinen Hunde von der Qual des Maulorbragens zu befreien.

* [Explosion.] Auf der Karlsstraße fand gestern eine Explosion statt, der eine ganz merkwürdige Ursache zu Grunde lag. Ein dortiger Böttchermeister hatte ein großes Spiritusfäß ausgebrannt, um es von neuem verpichen zu können, indem er den darin noch befindlich gewesenen Rest der spirituosen Flüssigkeit angezündet hat. Als kaum die Flamme erloschen war, schloß er das Fäß fest mit dem Stopfen und ließ es einen Augenblick auf der Straße stehen. Die in dem Behältnis zurückgebliebenen Dämpfe fanden durch die zeitige Schließung derselben nunmehr keinen Ausweg und brachten sich gewaltsam Bahn. Der Boden wurde in die Luft geworfen, und einzelne Splitter des gebrochenen Fäßes slogen weit auf die Straße und sogar in die Comptoirfenster eines dortigen Kaufmanns, die sie zertrümmerten. Da sich gerade Niemand in der Nähe befand, so ist kein Unglück zu beklagen gewesen. Die Explosion geschah mit einer starken Detonation, die einem Kanoneneschlag gleich und bis auf die Schweidnitzerstraße gehört wurde.

* [Ein steinerner Gast.] Das heutige „Pol. u. Fremdenblatt“ meldet unter der Liste der angekommenen Fremden: „Poschek's Hotel zu den drei Bergen: Oberbürgermeister Demiani aus Görlitz.“ — Da der wackere Oberbürgermeister Demiani bekanntlich schon längst gestorben ist, und ihm die dankbaren Görlitzer erst noch in diesem Jahre ein Denkmal gesetzt haben, so kann man nur annehmen, daß sich die Statue in Görlitz gelangweilt hat, zu ihrem Amusement nach Breslau gereist und in genanntem Hotel eingeführt ist.

* [Ein Flüchtlings.] Großes Aufsehen macht die Flucht eines Wirtschafts-Inspectors auf einem Dörfe im Kreise Oels, der mit circa 33,000 Thlr. die Weite gesucht und seine Frau und 6 Kinder in den traumtischen Verbänden zurückgelassen hat. Er war der Schwiegerohn eines Güterdirectors, welcher ganz fürsichtig einen Güterlauf vermittelte und die dafür erhaltenen Abschlagssummen im Betrage von 25,000 Thlr. bei sich aufbewahrte. Außerdem hatte er noch eine Summe von etwa 7—8000 Thlr. bei sich. An beiden vergriff sich der oben erwähnte Wirtschafts-Inspector und begab sich auf die Flucht. Er ließ sich sogar durch ein Fuhrwerk von seinem Gute nach der Stadt schaffen und direct auf den Centralbahnhof fahren, worauf er Abends mit dem Schnellzuge nach Berlin fuhr. Dort will man ihn noch gesehen haben. Alsdann hat man seine Spur verloren, und mag der Flüchtige bereits in England oder auf dem Wege nach Amerika sein, zumal er sich im Besitz eines Passes befinden soll, den er sich früher schon zu verschaffen gewußt hat. Als das Fuhrwerk ohne den Herrn nach Hause kam, wunderte man sich nicht wenig, als der betreffende Knecht aussagte, daß er den Hrn. Inspector nach dem Centralbahnhof gefahren habe, sobaldt indeß keinen Argwohn, so daß der Flüchtige einen Vorsprung von ein paar Tagen erhielt.

* [Doppelte Schlägerei.] Es gibt hierorts ein öffentliches Restaurationslokal, wo mit Abzug der Schwäbeln die Gesangs-Winter-Schläbeln regelmäßig eintreffen und in ihren Vocalvorträgen die deutschen Lyriker in Bezug auf Accent und Reim jämmerlich maltraierten. Nächst diesen, für ein verhöhntes Ohr unbehaglichen Gesangsliedern, besteht die dort verkehrende Herren-Gesellschaft teilweise aus jenen scandalösen Faustkämpfern, die den alten Trojanerkrieg handgreiflich ins Moderne überlebten. Dies zur Charakteristik von allabendländischen Scandalen, speziell aber gingen gestern Abend die zwei erbitterten Parteien, nachdem schon vorher ein Scandal geschildert war, angeblich wegen der beleidigten Ehre einer Helena ins Gefecht und machten erst vor der Autorität eines Nachtwächters Frieden.

* [Diebstahl.] Einem hiehigen Kaufmann wurde gestern auf dem Berliner Schnellzuge die Brieftasche mit circa 150 Thaler Inhalt im Schlaf aus der Brusttasche entwendet. Derselbe mußte sich leider seinem Schicksal fügen, weil die ihm ganz unbekannt gewesenen Reisegefährten mit dem nämlichen Zuge weiter gereist waren.

* [Gerichtliches.] Ein eigenartlicher Fall industrieritterlicher Praxis, der heut vor der Criminal-Deputation des Stadtgerichts zur Aburtheilung gelangte, verdient die Beachtung des beteiligten Handelsstandes. Am 18. März verlief die Getreidebänder Aug. Buchwald aus Jordansmühl dem Kaufm. Phil. Scherbel hierf. 25 Sac gelben Weizen nach einer vorher gegebenen Probe. Als B. das Getreide noch am selben Tage auf dem Speicher des Käufers an den Commissionär Hentschel abliefern wollte, und dieser Packung und Inhalt näher untersuchte, fand er, daß oben in den Säcken gelber guter, darunter aber blauspitzer schlechter Weizen enthalten war. H. erklärte nun als Bevollmächtigter des Scherbel, daß er 5 Sgr. pro Scheffel vom verabredeten Preis in Abzug bringen werde, wogegen B. nichts einzuwenden hatte. Wie hier gebräuchlich, erfolgt nach Ablieferung von Getreide die Zahlung nach den leeren Säcken, Wabrend nun H. am Bodenfesten stand, um sich eine Probe zu beschauen, ließ B. aus einem Sack, der gefüllt war, noch einen leeren auf den Haufen Säcke fallen, aus welchen bereits der Weizen ausgeschüttet worden. Da aber diese Manipulation nicht unentdeckt blieb, wurde B. verlegen, suchte sich zu entschuldigen und meinte, er könne sich den Umstand gar nicht erklären. — Darauf hin verzweigte H. die Annahme der noch übrigen 19 Sac. Buchwald bestreitet indeß neuerdings die gegen ihn vorgebrachten Thatsachen. Er will

(Fortsetzung.)
wahrnehmbar. Vorzüglich reichhaltig waren Obst-Sortimente eingeliefert, die auch vielfache Preämien und Belohnungen erhielten. Das reichhaltigste Sortiment hatte hr. Bürgermeister Richtsteig aus seinem großen pomologischen Garten zur Ausstellung gebracht. Die Preisrichter ertheilten ihm dafür den ersten Preis, welcher für Obst ausgefeest war. — Unser neuer Theater-Director, hr. Wunderlich, hat sich durch seine wenigen Vorstellungen bereits die volle Gunst des Publikums errungen. Die engagirten Kräfte sind fast durchweg tüchtig und entsprechen in vollem Maße den Anforderungen, welche man an eine Provinzial-Bühne machen kann. In nächster Woche soll die erste Oper aufgeführt werden. — Die Winteraison macht überhaupt in dieser Woche einen rießigen Anlauf. Theater, schottische Gloden-Concerte, Clavier- und Violin-Virtuosen, Orchester-Concerte, Ausstellungen, Sämtungschieße, Bälle u. s. w. rivalisieren und spulieren mit wahrer Haft auf die Kunst und den Geldbeutel des Publikums. Trotz alledem ist das Theater immer gut besetzt. — Ein als Gauher sich schon lange Zeit herumtreibender Brauer aus Sachsen ist gestern glücklich aufgesangen worden, gerade als er schon die sächsische Grenze mit gestohlenem Bier und Wagen überschritten.

† Glogau, 9. Oct. [Germershausen.] Heute Nachmittag 3 Uhr bewegte sich ein Leidenzug, so großartig, wie Glogau seit langer Zeit keinen ähnlichen gesehen, zum Preußischen Thore hinaus nach dem evangelischen Kirchhofe. Der Kaufmann Germershausen, ältester Chef der Firma W. L. Dionysius & Co., wurde zur Ruhe bestattet. Die Stadt verlor in ihm ihren ausgezeichnetsten Bürger und die Hilfsbedürftigen verlieren in ihm ihren treuesten Freund. Das viel Gute, nur sehr wenig ist davon in die Öffentlichkeit gekommen, was er gethan, war das Bedürfnis eines edlen Herzens und wahrer Menschenliebe. Sein Tod ist für unsere Stadt ein unerträglicher Verlust, an seinem Grabe weinten heute nicht hunderte Menschen, sondern Tausende. — Am Dienstag Abend brach in dem Dörfe Schönau Feuer aus; es brannte die dafüre Scholtei vollständig ab, drei Schweine sind in dem Feuer umgekommen. Eine böswillige Brandstiftung scheint vorzuliegen.

=a Natibor, 8. October. [Pferderennen.] Heute Nachmittags 2 Uhr fand hierorts das übliche Pferderennen statt. Demselben ging Vormittags 9½ Uhr ein Steeple chase des idyllischen Reitervereins voran. Fünf Reiter ritten ab, und trug der Lieutenant vom 1. schles. Kürassier-Regiment, v. Wadörf, den Sieg davon. Das Pferderennen bildete 4 Abtheilungen und zwar: 1) Rennen um den Staatspreis von 300 Thlr. Pr. Courant für in Deutschland und den nicht deutschen Ländern der österreichischen und preußischen Monarchie geborene Pferde; 2) Rennen für bäuerliche Pferdebesitzer des natiborer Kreises für Pferde, die mindestens ein Jahr im Besitz der Grundgehörigen blieben; 3) Rennen um den Subscriptionspreis von über 50 Thlr. für Pferde aller Länder und 4) Offizier-Hürden-Rennen um einen von Sr. Durchl. dem Herzog v. Natibor gegebenen Ehrenpreis, bestehend in einer großen silbernen Vase. Den Staatspreis errang Graf v. Götz aus Woinowit, den Preis für das Bauernrennen Bauergutsbesitzer Łočyl aus Woinowit, den Subscriptionspreis Graf Renard, und der von Sr. Durchlaut gegebene Ehrenpreis wurde wiederum dem Lieutenant v. Wadörf vom 1. schles. Kürassier-Regiment zu Theil. — Eine Überraschung hatte diesmal nicht stattgefunden. — Vorgerufen wurde an Stelle unseres tüchtigen, sich um unsere Riedertafel in jeder Beziehung sehr verdient gemachten Riedermeisters und Chorrectors Hrn. Besta Herr Lehrer Porsle zum Riedermeister gewählt. — Der hiesige Turnverein erfreut sich, obgleich erst seit einem Jahre ins Leben gerufen, eines efreulichen und kräftigen Gedächtnis und zählt gegenwärtig bereits 73 Mitglieder.

△ Leobschütz, 8. Okt. [Bautzen.] Zu den bedeutendsten Neubauten dieses Sommers gehörten unstrittig das im Rohbaustile auszuführende Kreisgerichtsgebäude auf dem früheren kleinen Exercierplatz, und der Thurm an der evangelischen Kirche. Erstere ist in den letzten drei Monaten in seinem Baue gewaltig vorgeschritten und steht jetzt allen Respekt ein. Man ist eben darüber her, es unter Bedachung zu bringen, und das will viel sagen, wenn man bedenkt, wie langsam der Bau Anfangs betrieben wurde. Nun können wir hoffen, daß die Vollendung dieses so notwendigen Gebäudes binnen Jahresfrist erfolgt sein wird. Was den Thurm betrifft, auf welchen bei der vor 78 Jahren erfolgten Erbauung der Kirche Bedacht genommen wurde, so ist derfelbe bereits so weit gediehen, daß gestern die Thurmspitze, an welche sich sämmtliche Sparren anlehnen sollen, mittelst der dazu erforderlichen Vorrichtungen, als Flachsenzug, stark z. langsam, aber glücklich hinausgehoben wurde. Diese mühe und gefährliche Arbeit gewährte einer großen Zuschauermenge ein spannendes Schauspiel, bei dem sie stundenlang zusah. Der sichtene Baumstamm, aus welchem die Spille gearbeitet wurde, ist aus dem städtischen Walde, 69 Fuß lang und nahezu an 16 Ctr. schwer. — Unser Bahnhof ist, nachdem er sechs volle Jahre steht, endlich vollendet und hat den ihm wohlhabenden Anstrich bekommen. Man sieht, was eine ungünstige Finanzlage vermag. — Über den Weiterbau der Bahn über Neustadt nach Neisse verlautet noch nichts Bestimmtes. Einstweilen werden die Vermessungsarbeiten fortgesetzt und erst nach deren Vollendung wird die Concession zum Weiterbau bei der Regierung nachgefragt werden.

(Notizen aus der Provinz.) * Görlitz. Die Mittheilung des „Anzeigers“, betreffend das spurlose Verschwinden des Buchhalters „Belz“ aus Dirichfeld ist dahin zu berichten, daß derfelbe nicht hier im Gasthof „Zum Rheinischen Hof“ übernachtet hat, sondern in der Nacht vom 25. zum 26. September in Deutsch-Ossig gewesen, und von da am andern Tage hier im „Rheinischen Hof“ eingetroffen ist, von welcher Zeit ab dann jede Spur verschwand. — Auch in der Appellations-Instanz ist nunmehr in dem gegen Dr. Blau eingeleiteten Kriminal-Prozeß wegen Verbreitung der Flugschriften „Schatz Euch eine neue Kreisordnung“, die Freisprechung erfolgt. — Die bietige Handelskammer hat, wie das „Tageblatt“ meldet, beschlossen, den im Laufe dieses Monats in München abzuhaltenen Handelstag zu bescheiden, und zur Vertretung ihren Präsidenten, Herrn Kommerzienrath Schmidt,

* Gleiwitz. Die Polizei-Verwaltung des benachbarten Neudorf macht in dem hiesigen Kreisblatte bekannt: „Sämmliche Hunde in Neudorf sind wegen der dort ausgebrochenen Tollkrankheit, drei Monate lang einzupfernt.“

+ Niemtsch. Vorige Woche (Nachts) wurden hier mehrere Aushänger von Häusern abgenommen und an Orte postiert, wo sie sich allerdings ganz förmlich ausnahmen und die Ladymuskeln der Beschauenden unwillkürlich ereignen mußten. Das Merkwürdigste dabei ist, bemerkt der „Landmann“, dem wir diese Notiz entnehmen, daß solche Dinge geschehen können, ohne daß unsere „nachtwachenden Schutzengel“ davon etwas merken.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Posen, 8. Oct. [Graf Andreas v. Samosty] kam gestern mit seinem Sohne direkt mit der Eisenbahn von Königsberg hier an. Die beiden Herren logirten beim Grafen Dzialynski auf dem alten Markte. Die verw. Gräfin Dzialynski ist eine Schwester des Grafen Andreas v. Samosty, der jetzt ein noch rüstiger Mann in der Mitte der 50er Jahre ist. Die Räume beider Herren lauten auf 3 Jahre für die Reise nach Deutschland, Frankreich und England. Die Familie Samosty, eine der angefeindeten des ehemaligen Königreichs Polen, besaß früher eine eigene Festung: Samosty (im Gouvernement Lublin) am Wieprz. Diese wurde von Jan Samosty im Jahre 1588 erbaut, und erhielt derselbe dafür die Erlaubnis, ein Majorat zu stiften, dagegen übernahm die Familie die Verpflichtung, diese Festung im Interesse des Staates immer in gutem Zustande zu erhalten. Als Rückland diese Landesteile in Besitz nahm, wurde die Festung der Familie von der russischen Regierung für den Preis von ca. 2 Millionen Silbergroschen abgekauft. Schon früh schafften die Grafen Samosty auf ihren zahlreichen Gütern die Leibeigenschaft ab, und es waren ihnen einige ehemalige südpfälzische Beamte, welche sie engagirt hatten, bei der Regierung der bäuerlichen Verhältnisse sehr hilfreich. (Pos. 3.)

Nowicz, 8. Okt. [Höhe Gäste in der Nachbarschaft.] Nachdem erst seit Kurzem der Herzog Ernst von Coburg als Gast Sr. Durchlaucht des Fürsten Haßfeld in Trachenberg aus unserer Nähe getrieben ist, verweilen derselbst seit einigen Tagen die Gebrüder von Rothchild aus Wien zum Besuch. Es finden ihnen zu Ehren in den umfangreichen Forsten des angrenzenden Fürstentums fast täglich Jagden statt. Auch ein Jagdfest, welches ein adeliger Gutsbesitzer 3 Meilen von hier feiert, führte uns heute mit den Bürgern aus der Richtung von Posen und von Breslau eine Menge fremder Gäste zu. (Ostdeutsche Ztg.)

Gostyn, 8. Okt. [Das Wettrennen] begann heute um zehn Uhr an einer durch rothe Fahnen bezeichneten Bahn. Auf der Tribüne der Preisrichter waren auch drei Damen, unter ihnen die Fürstin Sulikowska,

welche die Bestimmung hatten, den Siegern die Preise auszuhändigen. Das erste Rennen hatte statt zwischen dem Herrn von Jaraczewski aus Leipe und Herrn von Jaracowski aus Groß-Kreutzh bei Fraustadt. Letzterer blieb Sieger und empfing als Preis einen silbernen Becher. Im zweiten Rennen siegte Herr v. Jaraczewski aus Lowencic. Dann folgte ein ergötzliches Bauernrennen mit sechs Theilnehmern, den Schlüßel bildete ein Hürden-Rennen und ein Trabrennen, woran wieder nur zwei Herren Theil nahmen. (Pos. 3tg.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

† Glogau, 8. Oktbr. [Ein raffinirter Betrüger] stand heute vor den Geschworenen, er hat sich dadurch berühmt gemacht, daß er im Anfang dieses Jahres in Liegnitz, Guhrau, Posen, Herrnstadt eine große Rolle als Graf v. Lindensteink gezeigt hat. Der Andrang des Publikums zu dieser Show war außerordentlich. Der Angeklagte heißt Carl Martin Prost alias Finc, mit ihm ist angeklagt Heinrich Alexander von Groß, Privatschreiber aus Posen, der Erstere wegen 4 Urteilsfälschungen und 10 Beträgerien, der Letztere wegen Theilnahme an den Urteilsfälschungen. Sie werden vertheidigt durch die Rechtsanwälte Hack und Körte.

Prost ist der aufscherhelle Sohn der Fleischerfrau Jinde geb. Prost zu Fraustadt. Als 10jähriger Knabe kam er in Dienst; als 16jähriger Knabe begann er gegen seinen Brotherrn, den Müller August Fenzler in Heinendorf, Mitte des Jahres 1842 den ersten Diebstahl. Schon am 15ten Januar 1843 wurde er in Posen wiederum bestraft. Am 13. Juni 1843 aus der Haft entlassen, wurde er am 23. Januar 1844 wiederum wegen Diebstahls und Unnachahmung eines falschen Namens in das Zuchthaus abgeschafft. Nach Verbüßung dieser Strafe begab er sich als Bedienter nach Berlin, wurde aber schon am 30. November 1844 wegen Diebstahls, Führung eines falschen Namens und Landstreitens verhaftet. Am 8. Mai 1846 aus dieser Haft entlassen, wurde er noch in demselben Monat in Fraustadt wegen Veruntreuung fremden Eigenthums verhaftet. Zwei Tage nach seiner am 7. November desselben Jahres erfolgten Entlassung aus dem Gefängnis in Grünberg wurde er in Beuthen a. O. festgenommen und wegen Diebstahls und Betrug verurtheilt. Erst am 14. Juni 1848 wurde Prost aus dem Zuchthause zu Görlitz entlassen, aber schon im August desselben Jahres wurde er in Straßburg wegen Landstreitens festgenommen und bis zum 8. Januar 1850 im Landarmenhause derselbe definiert. Im Mai 1850 wurde er wieder in Grätz verhaftet und wegen wiederholten Landstreitens, Führung eines falschen Namens, Betruges und Unterschlagung bis zum 26. Juni 1852 im Correctionshause in Kosten aufbewahrt. Nach einer nur 4tägigen Freiheit wurde er in Glogau verhaftet und wegen 5 rücksäßigen Beträgerien u. s. w. bis zum 5. Februar 1854 im Gefängnis gehalten. Schon während seiner Haft — am 5. April 1853 trat Prost mit der Behauptung auf, daß er von seinem Großvater Maczlowiac ein Grundstück in Geiersdorf geerbt habe. Trotzdem sich dies als Lüge erwies, wiederholte er nach Beweisigung der Straftat diese und ähnliche lügenhafte Angaben. Dem Restaurateur Cohn zu Glogau hat er eine Menge Kleidungsstücke im Werthe von 50 Thaler abgeschwunden. Von Glogau verschwand er nach Russisch-Polen, in Kalisch wurde er gefasst, woebst sich als Emissär eines Clubs ausgab, der das ehemalige Polen wiederherstellen, den König von Preußen entthronen und eine deutsche Republik gründen wollte und an dessen Spitze vornehmlich der Obertribunalrath Dr. Waldes, der Herzog v. Augustenburg auf Primelau, Baron Schammar auf Quarts, Commerzienrath Lehfeld in Glogau z. ständen. Er wurde ausgeliefert und am 23. Februar 1855 wegen Diebstahls, Beträgerien u. c. zu einer 6½-jährigen Zuchthausstrafe in Jauer verurtheilt. Leider ohne Besserung. In der Gefangen-Instalt verbreitete er das Gerücht, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei; dies fand auch bei dem Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesem bestätigt wurde, als er hörte, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am 23. April 1861 beantragte Prost, ihm sein Testament zurückzugeben, worauf er den Beichtvater erhielt, daß er in Breslau verhaftet sei, und er selbst auf dem Gütern des Herzogs von Augustenburg stehe, ihm durch die Bank gezahlt werden solle. Peudert, der den Gefangen-Aufseher Auñher Glauben, der in diesen bestätigte, daß er ein Sohn des Barons Fink von Lindenstein sei, lehrte jedoch zurück, daß Prost den Gefangen-Inspektor von Sadow erfuhr, seine Erbschaftsangelegenheit statt seiner zu betreiben; auch dieser traute dem Betrüger, weil er aus den Personal-Akten ersehen, daß Prost während seiner Untersuchungshaft in Glogau am 30. November 1854 testifiziert hatte. Im Zuchthause, am

Kartoffel-Spiritus etwas mäster; los 15½ Thlr. Br. pr. Oktober
15½ Thlr. bezahlt und Gld., Oktober-November 14½ Thlr. bezahlt u. Gld.,
November-Dezember 14½ Thlr. Gld., Dezember-Januar —, April-Mai
15½ Thlr. bezahlt und Br.
Bink 5 Thlr. 11½ Sgr. in Posten bez. Die Börsen-Commission.

Eisenbahn-Zeitung.

Wien, 4. Oct. Sie brachten in der Nr. 184 Ihrer Zeitung eine Rentabilitätsrechnung der Böhmisches Westbahn, in der auf die günstige Lage derselben hingewiesen, der großen und Gewinn verheissenden Zukunft derselben gedacht, und endlich durch Zahlen überzeugend nachgewiesen war, daß schon in den ersten Jahren nach ihrer Vollendung eine Rentabilität derselben in Aussicht stehe, welche der Kaiser Ferdinands-Nordbahn Nichts nachgebe, und von vorn herein eine Verzinsung des Actien-Kapitals mit 8 pCt. erwarten lasse. Der Erfolg beginnt bereits den Beweis zu liefern, daß die zu jener Zeit ausgesprochenen Ansichten die richtigen, und daß die von dem Verfasser jenes Artikels gehalten Hoffnungen keineswegs allzu sanguinische waren.

Es haben nicht nur die Voraussetzungen, von denen jener Artikel ausging, sondern auch die aus diesen Voraussetzungen gezogenen Schlüsse sich durchweg als richtig bewährt, sie sind sogar mehrfach durch die schon bisher erzielten Betriebsergebnisse der Bahn übertrroffen worden.

Es ist dieser gleich nach ihrer Eröffnung erfolgte Eintritt in eine rentable Position eben eine Eigentümlichkeit der Böhmisches Westbahn,

die sie vor den meisten Eisenbahnunternehmungen auszeichnet, denn während überall nach vollendetem Bahnbau erst allmählich das Material

für den Verkehr zusammenfließt, ja in den meisten Fällen die Bahn

erst das Bedürfnis des Verkehrs wecken muß, — erwarteten hier umfangreiche Lager von Kohlen, Eisen und anderen Waaren die Größung der Bahn auf der Mehrzahl ihrer Haltestellen, und es wurde auf diese Weise den Regierungen Österreichs und Bayerns die Notwendigkeit der Bahn gewissermaßen ad oculos demonstriert. Im ersten

Monate ihres Betriebes hat die Böhmisches Westbahn ca. 150,000 Fl.

eingenommen. Obwohl eine weitere Steigerung des Verkehrs wohl

unmöglich eintreten dürfte, so wollen wir, um einen Schluß auf die

finanziellen Resultate der Bahn zu ziehen, nur diese Summe als den Durchschnitt der monatlichen Einnahme, die allerdings auch wohl zeitweise diese Summe nicht ganz erreichen kann, annehmen. Danach

würde die Jahres-Einnahme 1,800,000 Fl. betragen. Am 1. April

des nächsten Jahres wird die Strecke von Radnik und Wegwanow eröffnet, welche die größten Kohlenreviere Böhmens durchschneidet. Von

den bedeutendsten Besitzern der Kohlengruben ist mit der Böhmisches

Westbahn Kontrakt geschlossen, wonach dieselben der Bahn jährlich für

2,000,000 Fl. Frachtsumme Kohlen zuführen müssen. Das würde

incl. obiger 1,800,000 Fl. eine Gesamt-Einnahme von 3,800,000 Fl.

ergeben. Rechnet man hievon die Betriebskosten mit 50 pCt., also

einem sehr hoch gegriffenen Säze, ab, so verbleiben als Rein-Ueberschuss 1,900,000 Fl.; von dieser Summe gehen ab die Zinsen für

12 Mill. Prioritäts-Aktionen à 5 pCt. in Silber, mihi zu dem heutigen

Tagescourse in österr. Valuta ca. 750,000 Fl., ferner 10 pCt.

zur Amortisation ca. 24,000 Fl., zusammen 774,000 Fl. Es verbleiben demnach von dem Ueberschusse 1,126,000 Fl. zur Vertheilung

an die Stamm-Actionaire, eine Summe, die sich auf das Actien-Kapi-

tal mit ca. 9½ pCt. repartirt. Wir haben hierbei, wie wohl zu beachten, die Betriebskosten mit 50 pCt. der Einnahme berechnet, allein es darf wohl erwartet werden, daß durch die billigen Kohlen, die der Bahn keine Fracht kosten, und durch die solide Verwaltung (befannlich hat die Westbahn dieselben Directoren wie die Kaiser Ferdinands-Nord-

bahn) ein so billiger Betrieb zu erwarten ist, daß dessen Kosten voraussichtlich 35 pCt. der Einnahmen nicht übersteigen werden. Alle diese

Momente wollte ich nicht unterlassen der Erwähnung Ihrer Leser zu unterbreiten. Gestatten Sie mir noch schließlich, die Parallele fortzusetzen, die der Verfasser des früheren Artikels über die Böhmisches Westbahn in Ihrer Zeitung mit der Kaiser Ferdinands-Nordbahn gezogen.

Im Jahre 1843 standen die Nordbahn-Actionen 70 pCt., während die-

selben heute einen Cours von 200 pCt. haben, während die Besitzer

noch außerdem durch Verkauf ihrer Beteiligungen etwa 500 pCt. ver-

dient haben, und alle Actionen durchschnittlich ein Ertragnis von 15 pCt.

liefern. Eine ähnliche Zukunft dürfte auch der Böhmisches Westbahn

bevorstehen, und empfehlen sich daher deren Actionen ganz vortrefflich zur soliden und dauernden Kapitals-Anlage. Ich darf endlich wohl eines Umstandes Erwähnung thun, der namentlich für die auswärtigen Besitzer resp. Käufer der Westbahn-Actionen von Interesse ist, und bei Kapital-Anlagen in österreichischen Papieren überhaupt in Erwägung gezogen zu werden verdient: der Aussichten nämlich, welche sich auf die Verbesserung der Valuta in jüngster Zeit eröffnen. Die so überaus solide und umfältige Leitung unserer Finanzen durch den zeitigen Finanzminister, die Ersparnisse, die derselbe (neuerdings wieder 12 Mill.) für den unproduktiven Militär-Etat fortwährend zu erzielen bestrebt ist, und endlich das Nebeneinkommen mit der Bank, wodurch das Ende der Valuta-Schwierigkeiten in sicherer Aussicht steht, — alles dies lässt die sichere Erwartung gerechtfertigt erscheinen, daß der Zinsgenuss für österreichische Papiere in Zukunft den Besitzern derselben ungeschmälert zugesetzt werde, und unterstützt so den Ankauf auch der Böhmisches Westbahn-Actionen.

(B. B. 3.)

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 10. Oktbr. (Herrenhaus.) Für den Commissionsantrag sprechen Wittberg, Hasselbach, Diergardt, Camphausen (Köln), Richtsteig, gegen Below, Zander, Graf Arnim, Göke, Meding; die Debatte ist auf morgen vertagt. Arnim äußerte, durch sein Amendement sei eine Mittheilung an das andere Haus, und die weitere Verhandlung nicht ausgeschlossen. Zander sprach gegen das Amendement Arnims, weil dasselbe gegen die Verfassung sei. (Angekommen 8 Uhr 15 Min. Abends.)

Madrid, 6. Oct. Der Gerichtshof in Granada hat sein Urtheil in Sachen der spanischen Protestanten gefällt. Einige Verhaftete wurden zu acht und neun Jahren Gefängnis verurtheilt. Die Gatten Trigo wurden freigesprochen. Die Verurtheilten haben Appell eingelegt und ihre Sache wird endgültig vor dem Gerichtshof in Malaga verhandelt werden.

Wien, 8. Oct. Vorgestern Abend trafen umfangreiche Depeschen aus Rom vom Hofe des vertriebenen Königs hier ein. Ihr Inhalt wurde noch im Laufe der Nacht an den Kaiser telegraphisch nach Ischl befördert; nach Einlangen der telegraphischen Rückführung fand gestern Nachmittag ein Ministerrath statt und gestern Abend ging ein Courier nach Rom ab. Von dem Inhalt der Depeschen verlautet einführend nur, daß ihnen die Abschrift eines eigenhändigen Schreibens des Kaisers Napoleon an Franz II. beigelegt war und daß dasselbe eine bedeutsame Wendung der französischen Politik inauguriert soll.

Marseille, 8. Oct. Wir haben so eben Nachrichten aus Konstantinopel vom 1. d. M. erhalten. Der Fürst Labanoff hat allein gegen die Bedingungen des mit Montenegro abgeschlossenen Friedens protestiert; die übrigen Geanden erklären, ohne Instruktionen zu sein.

Der Sultan ist nach Ismid und Rodosto abgereist und wird wahrscheinlich bis Smyrna gehen.

Der Vicerey von Egypten hat dem Sultan eine Panzerfregatte, die er

jetzt in England bauen läßt, zum Geschenk angeboten.

Es bestätigt sich, daß Juad Paşa beschlossen hat, die Moscheengüter zu veräußern und dagegen dem muhammedanischen Clerus eine Dotierung auszusagen. Der Scheichul-Islam hat dagegen protestiert, aber der Sultan beharrt dabei, die von seinem Großvater vorgeschlagene Maßregel zu billigen.

Turin, 8. Oct. Die amtliche Zeitung veröffentlicht den zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums zwischen Frankreich und Italien abgeschlossenen Vertrag. Die hiesigen Blätter sprechen sich über den Amnestie-Erlaß sehr günstig aus. Wie man hört, leidet Garibaldi an leichten Anfällen von Gelenk-Rheumatismus.

Aus Neapel wird gemeldet, daß der Prinz Napoleon und die Prinzessin Clotilde nach Ajaccio abgereist sind. Man glaubt, daß sie die beabsichtigte Reise nach Egypten ausgegeben haben.

Wochenblatt - Post.

Kassel, 7. Oct. Man schreibt der „Südd. Ztg.“: „Wir haben wieder einmal eine Minister-Krisis. Herr v. Stierberg hat, wie ich glaubwürdig höre, seine Entlassung gefordert, vermutlich, weil alle Anträge des Ministeriums den Kurfürsten nicht vermögen, auch nur eine der vielen brennenden Fragen zu erledigen. Weder über das Wahlgesetz, das im Entwurf seit längerer Zeit vorliegt, noch über die Einberufung der Kammer, deren Zusammentritt die Minister noch in diesem Monat für wünschenswerth erklärt haben, kommt ein Beschluss zu Stande.“ (Sehr erklärlich.)

Brüssel, 8. Oct. Ich habe das Schreiben eines französischen Staatsmannes vor Augen, worin dieser den Gedanken durchführt, daß Beispiel der preußischen Deputirten könne ansteckend auf Paris wirken.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau Marie, geb. Koppe, von einem gesunden Mädchen, beeindruckt mich hierdurch anzuseigen.

Ratibor, den 9. October 1862.

[2938] Fr. Thiele.

Meine liebe Frau Johanna, geb. Steinitz, wurde von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Ratibor, den 9. October 1862.

S. Bernstein.

Heute nahm der höchste unser liebes Söhnen wieder zu sich.

Sobald b. Bauken, den 7. October 1862.

[3380] Albert Haenisch nebst Frau.

Heute Mittag 12 Uhr verschied Janit und ruhig nach kurzem aber schweren Krankenlager mein lieber Mann, unser geliebter Vater, Schwieger- und Großvater, der ehemalige Rittergutsbesitzer Traugott Neugebauer, in dem Alter von 77 Jahren 6 Monaten. Dies seinen Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung.

Beerdigung: Sonntag Nachmittag 3 Uhr auf dem großen Kirchhofe Friedrich-Wilhelmsstraße.

Breslau, 9. October 1862. [3380]

Die Hinterbliebenen.

Familien-Nachrichten.

Berlobung: Fr. Anna Koch mit Hrn. Bildhauer Hermann Vogel in Berlin, Fräulein Matilde v. Wedell-Barlow mit Hrn. Hauptmann Friedrich Wilhelm Graf Reichenbach zu Mistroy.

Chel. Verbindungen: Hr. Albert Nasius mit Fr. Anna Müller in Königs-Wusterhausen, Hr. Apotheker Otto Bindemann zu Oderberg mit Fr. Rosalie Ernst aus Neustadt-Eberswalde, Hr. Prem-Lieut. Wilhelm v. Schulz mit Fräulein Julie Wodstein in Neuruppin, Hr. Hauptm. Moritz Dolmann mit Fr. Emilie Virgatis zu Königsberg i. Pr., Hr. Rittmstr. Friz v. Bernhardi mit Fräulein Marie Dörberg in Lutzenmo.

Geburten: Ein Sohn Hrn. Minister-Residenten Dr. Geffsen in Berlin, Hrn. Hauptmann v. Hanstein in Cottbus, Hrn. Musikk. Lehrer E. H. Ebeling in Neuzelle, eine Tochter Hrn. Organisten Albert Schmidt in Brandenburg, Hrn. Lieut. v. Massow in Rathenow, Hrn. Lieut. Kalau v. Hoven in Freistadt in Schlesien.

Theater-Vertereire.

Sonnabend, 11. Oct. (Gewöhnl. Preise.)

Neu einstudiert: „Belisar.“ Heroische Oper in 3 Akten, nach dem Italienern von Franz. Musik von Donizetti. (Almir, Hr. Liebert, als Gast.)

Sonntag, den 12. Oct. (Gewöhnl. Preise.)

Gaftspiel des königl. hannoverschen Hof-

Schauspielers Herrn Alexander Liebe.

Neu einstudiert: „Der Mann mit der eisernen Maske.“ Romantisches Drama

in 5 Akten, nach dem Französischen von C. Lebrun. (Gaston, Hr. A. Liebert.)

Der Frauenverein für Speisung und Bekleidung der Armen.

Vorschuh-Verein.

Sonnabend, den 11. Octbr., Abends 8 Uhr,

in Liebich's Etablissement:

General - Versammlung.

(Verleihung des letzten Jahresberichts. —

Bieterjährliche Rechnungslegung. — Aus-

schließung.) [2877] Der Ausschuss.

Wintergarten.

Bei dem heute Abend stattfindenden

Souper und Ball werden von Nachts

zwei Uhr ab Omnibusse halbstündlich

Reisen nach dem Ringe befördern. [2955]

Privat-Heilanstalt für Hant- und Geschlechtskrank.

Sprechstunden: Vormittags von 9—11,

Nachmittags von 2—4 Uhr.

Dr. Demlow, Katharinenstraße 11,

neben der Post.

Christuskatholische Gemeinde.

Morgen, Vormitt. 9 Uhr, relig. Erbauung

unter Leitung des Hrn. Prediger Vogtherr

in der Gemeindehalle, Grünstraße 6. [2706]

Israelt. Elementarschule.

Amahne neuer Jög. Sonnt., Mont., Dienst.

v. 11—1 Wallstr. 14a, part. Dr. P. Joseph.

Verein f. classische Musik.

Sonnabend, den 11. October:

Mozart, Sonate p. P. et V. Es.

Beethoven, Trio. Es. (Op. 70 Nr. 2.)

Haydn, Quatuor. B.

[2954]

Die halbmäthlichen Blätter sind angewiesen, Herrn v. Bismarck in Schutz zu nehmen und der Kammer Versöhnung um jeden Preis als eine Pflicht zu Gemüthe zu führen.

Italien. Das Amnestie-Dekret, welches der König Victor Emanuel am 5. Oct. erlassen hat, lautet: „Art. 1. Die Urheber und die Mitschuldigen der im August d. J. in den südlichen Provinzen verübten und versuchten Rebellionen sind, sofern sie nicht gemeiner Verbrechen schuldig sind, von jeder in jener Hinsicht verwirkten Haftbarkeit gegen die Gerichte losgesprochen. Art. 2. Ausgenommen aber von der Wohlthat dieser Amnestie sind die Militärs von Landarmee und Flotte.“ Die Zahl der in diesem zweiten Artikel gemeinten Defektoren ist höchstens 100; darunter sind zwei Offiziere und zehn Unteroffiziere. Das Urteil des Kriegsgerichts auf Degradation der 32 Offiziere des Mellachen Corps, welche in Sicilien nicht gegen Garibaldi fechten wollten, ist, wie die „Nationalités“ melden, vom Könige bestätigt worden.

Bekanntmachung
der General-Landschafts-Direktion
zu Posen.

Die Inhaber der von uns unterm 1. Mai 1862 zum Umtausch gekündigten, bis jetzt aber nicht eingelieferten 4- und 3½-prozentigen Pfandbriefe

Pfandbr.-Nummer.	Gut.	Kreis.	Pfand-briefs-betrag Rthlr.
Lf. Amrt.			
69	11186	Orla	Krotoschin
36	1374	Raków	Schildberg
38	1376	dito	dito
56	1238	dito	dito
62	1244	dito	dito
15	5354	Smolice	Kröben
30	4442	dito	dito
35	4447	dito	dito
36	4448	dito	dito
42	4454	dito	dito
69	7796	dito	dito
71	7798	dito	dito
75	7802	dito	dito
77	7804	dito	dito
100	78	7805	dito
100	79	7806	dito
25	106	3587	dito
25	106	3587	dito
100	127	7819	dito
100	129	7821	dito
50	130	7822	dito
50	131	7823	dito
25	132	7824	dito
25	150	8810	dito
25	152	4220	dito
20	3535	Dłon	Kröben
38	11391	Daleszyno	Schrömm
44	11397	dito	dito
47	11400	dito	dito
53	11406	dito	dito
71	5784	dito	dito
73	5786	dito	dito
80	5793	dito	dito
82	5795	dito	dito
83	10705	dito	dito
85	10707	dito	dito
87	10709	dito	dito
95	10717	dito	dito
99	10721	dito	dito
100	10722	dito	dito
101	10723	dito	dito
102	10724	dito	dito
103	10725	dito	dito
105	10727	dito	dito
110	10732	dito	dito
37	1657	Gogolewo	dito
40	1660	dito	dito
45	3924	dito	dito
46	3925	dito	dito
9	3082	Głuponie	Buk
15	11994	Galewo	Krofoshin
20	6117	dito	dito
21	6118	dito	dito
23	6120	dito	dito
27	11220	dito	dito
31	11224	dito	dito
11	4403	Gola	Kröben
35	3534	dito	dito
36	3535	dito	dito
41	7730	dito	dito
42	7731	dito	dito
58	6232	dito	dito
77	5271	dito	dito
100	9179	dito	dito
103	4403	dito	dito
105	4405	dito	dito
106	4406	dito	dito
119	8864	dito	dito
123	8868	dito	dito
124	8869	dito	dito
125	8870	dito	dito
15	2480	Każmierz	Samter
17	2482	dito	dito
56	3029	dito	dito
58	3031	dito	dito
59	3032	dito	dito
61	3034	dito	dito
63	3036	dito	dito
69	3042	dito	dito
77	3050	dito	dito
78	3051	dito	dito
81	3054	dito	dito
83	3056	dito	dito
109	3732	dito	dito
113	3736	dito	dito
122	3745	dito	dito
123	3746	dito	dito
127	3750	dito	dito
51	2941	Komorze	Wreschen
60	8985	dito	dito
61	8986	dito	dito
64	8989	dito	dito
77	9002	dito	dito
95	4318	dito	dito
97	4320	dito	dito
99	4322	dito	dito
101	4324	dito	dito
115	8759	dito	dito
13	2636	Kowalewo	Pleschen
17	7929	dito	dito
18	7930	dito	dito
20	7932	dito	dito
29	3667	dito	dito
30	3668	dito	dito
31	3669	dito	dito
95	4471	Karczewo	Kosten
98	4474	dito	dito
100	4476	dito	dito
12	3719	Machcin	dito
9	4137	Miniszewo	Pleschen
10	4138	dito	dito
36	4724	dito	dito
22	4789	Orchowo	Mogilno
26	4793	dito	dito
28	4795	dito	dito
53	8417	dito	dito
54	8418	dito	dito
56	8420	dito	dito
57	8421	dito	dito
59	8423	dito	dito
66	8430	dito	dito
71	3977	dito	dito
72	3978	dito	dito
84	8264	dito	dito
91	8271	dito	dito
92	8272	dito	dito
93	8273	dito	dito
94	8274	dito	dito
97	8277	dito	dito
98	8278	dito	dito
99	8279	dito	dito
14	6626	Orla	Krotoschin
21	11955	dito	dito
30	11964	dito	dito
42	6086	dito	dito
43	6087	dito	dito
44	6088	dito	dito
53	11170	dito	dito

Pfandbr.-Nummer.	Gut.	Kreis.	Pfand-briefs-betrag Rthlr.	Pfandbr.-Nummer.	Gut.	Kreis.	Pfand-briefs-betrag Rthlr.	Pfandbr.-Nummer.	Gut.	Kreis.	Pfand-briefs-betrag Rthlr.
Lf. Amrt.				Lf. Amrt.				Lf. Amrt.			
69	11186	Orla	Krotoschin	25	40	Gola	Kröben	100	232	Zerków	Wreschen
36	1374	Raków	Schildberg	100	45	dito	dito	40	233	dito	dito
38	1376	dito	dito	100	46	3084	dito	40	239	1662	dito
56	1238	dito	dito	25	51	3090	dito	40	241	1664	dito
62	1244	dito	dito	25	56	2343	dito	20	242	1665	dito
15	5354	Smolice	Kröben	1000	59	2346	dito	20	243	1666	dito
30	4442	dito	dito	500	61	2348	dito	20	244	1667	dito
35	4447	dito	dito	500	62	2349	dito	20	246	1669	dito
36	4448	dito	dito	500	1	3488	Imielinko	1000	250	2403	Zerków
42	4454	dito	dito	500	2	2504	Karszewo	1000	252	2404	dito
69	7796	dito	dito	100	23	2678	dito	40	253	1675	dito
71	7798	dito	dito	100	24	2679	dito	40	258	1681	dito
75	7802	dito	dito	100	26	1960	dito	20	261	1684	dito
77	7804	dito	dito	100	6	5128	Kazmierz	1000	266	1689	dito
100	78	7805	dito	100	9	5131	dito	1000	268	1691	dito
100	79	7806	dito	100	10	5132	dito	1000	275	1698	dito
25	106	3587	dito	50	13	5135	dito	1000	276	1699	dito
25	106	3587	dito	50	14	5049	dito	500	500	500	fordern wir deren Inhaber wiederhol auf,
25	106	3587	dito	50	15	5050	dito	500	500	500	diese Pfandbriefe nebst den dazu gehörigen Zins-Kupons von Weihnachten
50	130	7822	dito	25	16	4950	dito	200	500	500	d. J. ab in kurzfristigem Zustande an unsere Kasse abzuliefern und demnächst den Nennwert in baarem Gelde am 2. Januar
50	131	7823	dito	25	17	4951	dito	100	500	500	1863 zu erheben. Sollte diese Einlieferung auch nicht im Laufe des zu Weihnachten 1862 bevorstehenden Zinsen Zahlungs-Termin, namentlich in der Zeit vom 4. bis
25	132	78									

Im Verlage der A. Gosohorsky'schen Buchhandlung (L. F. Maske) in Breslau ist es eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
 Lindner, (Dr. J. G.) Griechische Syntaxis. In den Hauptregeln übersichtlich zusammengestellt. 44 S. kart. Preis 7½ Sgr.
 Bernicke, H. Verzeichniß der Wortsiegel und Monogramme, sowie derjenigen deutschen Wörter, deren Ableitung zweifelhaft oder verdunkelt ist. Für Anfänger im Lesen aus "Stolze's Lehrgang der deutschen Stenographie" ausgezogen, und unter besonderer Kennzeichnung der Affixe im 1. Heft nach den stenographischen Schriftzeichen, 2. Heft nach der Ordnung des deutschen Alphabets zusammengestellt. 2. Auflage. Preis jedes Heftes 4 Sgr. [2941]

Oberschlesische Eisenbahn.

Breslau, den 7. October 1862.
 Im Wege der öffentlichen Submission sollen die nachstehend aufgeführten Material-Abgänge bei der Werkstatt zu Breslau dem Meistbietenden überlassen werden:
 Altes Schmelz- und Gußeisen, gußstahlerner und schmiedeeiserner Dreibüne, diverse Stahlabsätze, Eisenblech-Abfälle, Bahnhäfen, meißingene Siederöhre, Gummiwaren, Stuhlrabatsäle, Bruchglas, Bühlappen und Bübaumwolle, Locomotiv-Federwaagen, so wie zwei alte Locomotiven nebst Reserveachsen.
 Die Gevöte sind portofrei, versiegelt und mit der Aufschrift:

"Offerete auf den Ankauf von Material-Abgängen"

versehen, bis zum Submissionstermine

den 23. October 1862, Vormittags 10 Uhr,

an das Bureau des königl. Ober-Maschinenmeisters der Oberschlesischen Eisenbahn zu Breslau einzureichen, wo die Offereten in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten werden eröffnet werden. — Exemplare der Bedingungen, unter denen der Verkauf stattfindet, nebst Formularen für Abgabe der Gebote können gegen Erstattung der Copialien in dem erwähnten Bureau entnommen werden. — Bietungslütfte werden aufgerordnet, die zum Verkauf kommenden Gegenstände auf dem Lagerplatz vor Abgabe der Gebote in Augenschein zu nehmen. [2943]

Hilferuf. Mittwoch, den 1. d. Nachts 2 Uhr, wurde unser polnisches Nachbarstädtchen Modrzejow von einem Feuer heimgesucht, welches so rasch um sich griff, daß binnen wenigen Stunden ein großer Theil der Ringhäuser in hellen Flammen stand, und nur den von hier hingelenkten Kräften gelang es, dem wütenden Elemente Schranken zu setzen. Die vielen obdachlos gewordenen Familien mußten eiligst ihre zahlreichen kleinen Kinder retten, und hatten das Unglück, fast ihre ganze Habe eine Beute der Flammen werden zu sehen. — Die Lage der Verunglücten ist um so trauriger, als der herannahende Winter noch viele ohne Obdach treffen wird. — Da diese Leute dem unterzeichneten Comité als sehr arbeitsam und brav bekannt sind, so erlaubt sich dasselbe, an edle Menschensfreunde nah und fern, im Namen der so Verarmten die Bitte zu richten, um schleunige Zusendung milder Gaben, das Gleiche nach Möglichkeit zu lindern, und der Lohn des Herrn wird nicht ausbleiben. Die eingehenden Beträge, wie die Namen der Spender werden wir durch die Zeitung veröffentlichen. Myslowitz, den 6. October 1862. [2894]

Das Comité für die Abgebrannten zu Modrzejow.

Dr. Jaffé, Rabbiner. H. Kuzničky, Kaufmann. Simon Kuzničky, Spediteur und Rathsherr. H. Rothmann, Kaufmann. Dr. Lustig, Stadtverordnetenvorsteher. Rother, Bürgermeister. M. A. Schaefer, Kaufmann. J. L. Silberberg, Stadtverordnetener. Dr. v. Szarzyński, prakt. Arzt. Treumann, Rathsherr. Troska, Pfarrer.

Jos. Hausdorff, Kaufmann.

Zur Annahme gütiger Beiträge für die Verunglücten ist auch gern bereit:

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

Korte & Co., Teppich-Fabrik in Hersford,
 Lager in Breslau (früher Ring Nr. 14), jetzt Schweidnitzerstraße Nr. 5, im goldenen Löwen (1. Etage), empfehlen ihr reich assortirtes Teppich-Lager en gros und en détail zu billigen, aber festen Preisen. [2950]

EAU TONIQUE VON CHALMIN.
 Unfehlbar gegen das Ausfallen der Haare, die es gegen Entfärbung schützt, gründlich reinigt und von Schuppen befreit. — Es macht sie geschmeidig, glänzend und dicht, indem es das Wachsthum neuer Haare befördert. — Bereitet von Chalmin, Chemiker. — Haupt-Depot zu Paris, rue d'Englise, 24 (große Fabrik zu Rouen), rue de l'Hôpital, 39, 41, 43, 45 und 47. Preis des Flacons in Frankreich 3 Fr. In Breslau bei G. Olivier, Hof-Krämer, Junkernstraße 13—15. [2942]

Unser zweites Tabak- und Cigarren-Geschäft befindet sich von heute ab: Schweidnitzerstraße Nr. 19. [2905]

Hugo Harrwitz u. Co.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich Schweidnitzer-Straße, geradeüber vom Theater, im goldenen Hieronymus, ein

Mode-Magazin für Herren!

Dieses Geschäft wird dem geehrten Publikum Ueberzeugung gewähren, daß alle Bestellungen durch die gefürchteten Schneidermeister, mit der größten Solidität, der Zeit und Mode angemessen, ausgeführt werden.

!!! Garantie für das Passende der Gegenstände übernehme ich!!! für haltbare, gute und preiswürdige Ware habe ich durch meinen Einkauf gesorgt. Es bleibt mir also nichts übrig, als das geehrte Publikum einzuladen, dem neuen Unternehmen Vertrauen und Wohlwollen zu schenken. [2767]

Breslau, 1. Oct. 1862.

J. Aron.

Eduard Sach'sche Magen-Essenz,
 den Magen stärkend, den Unterleib kräftigend, ist in Breslau à Flacon 15 Sgr., ½ Flacon 7½ Sgr., allein echt zu haben bei dem Verfertiger Eduard Sach's. Verkaufs-Lokal vom 1. Oktober d. J. ab von Junkernstraße Nr. 30 nach Rossmarkt Nr. 13 eine Stiege hoch verlegt.

Die Steinkohlen-Niederlage von Robert Weiß
 in Breslau, auf dem Oberschlesischen Bahnhofe, Kohlenplatz Nr. 1c.

Einfahrt durch das erste Thor an der Bohrauer Thor-Expedition, empfiehlt ihr Lager frisch gefördeter Steinkohlen aus den größten Bergwerken Oberschlesiens zu den billigsten Preisen.

Original-Waggons à 30 bis 60 Tonnen Grubenmasse stehen täglich zur Disposition, und werden auch auf Verlangen nach jeder Eisenbahnstation zu Grubenpreisen von Oberschlesien an direkte Adressen verladen. [2947]

Brischen fließenden Astrachaner Caviar
 in bester großkörniger, wenig gesalzener Ware, empfiehlt ich von heute eintreffender zweiter Sendung. [2958]

Gustav Friederici,
 Schweidnitzerstraße Nr. 28, vis-à-vis dem Theater.

Ich empfing und empfehle die zweite Sendung
neuen, fließenden, astrachaner Caviar vom diesjährigen Sommerfange in schöner, reinschmeckender Qualität, so wie geräucherten Rhein- und Silberlachs, marinierten Lachs und Kal, marinierte russische Sardinen, Stralsunder Bratheringe, frische

Auster, Roquefort- und Neuchateler Käse, Brillant-Paraffin, Wiener Apollo- u. Stearinkerzen in Prima, Secunda- und Tertia-Qualität en gros & en détail zu den billigsten Stadtpreisen.

Gustav Scholz,
 Schweidnitzerstraße Nr. 50, Ecke der Junkernstraße, Thee-, Süßfrucht-, Delikatesenwaren-Handlung und Stearinkerzen-Niederlage.

Das Lager aus der Berliner Porzellan-Manufaktur von J. Adolf Schumann [2574]
 befindet sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße Nr. 44, an der Ohlauerbrücke, in dem von den Conditoren Herren Redler u. Arndt innegehabten Lokale.

besteht sich jetzt: Schweidnitzerstraße